

Die Messung des Sozialstaates: beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Netto-sozialleistungsquote

Kemmerling, Achim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kemmerling, A. (2001). *Die Messung des Sozialstaates: beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Netto-sozialleistungsquote*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 01-201). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-115013>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

discussion paper

FS I 01 - 201

Die Messung des Sozialstaates.

**Beschäftigungspolitische
Unterschiede zwischen Brutto-
und Nettosozialleistungsquote**

Achim Kemmerling

März 2001
ISSN Nr. 1011-9523

ZITIERWEISE / CITATION

Achim Kemmerling

**Die Messung des Sozialstaates. Beschäftigungspolitische
Unterschiede zwischen Brutto- und Nettosozialleistungsquote**

Discussion Paper FS I 01 – 201
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2001

Forschungsschwerpunkt:
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Research Area:
Labour Market and
Employment

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigung

Research Unit:
Labour Market Policy
and Employment

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: wzb@wz-berlin.de
Internet: <http://www.wz-berlin.de>

Zusammenfassung

Das Konzept der Nettosozialleistungsquote (NSLQ) von W. Adema hat in jüngster Zeit einige zentrale Annahmen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung erschüttert. Nicht nur die quantitative Dimension des Wohlfahrtsstaates in OECD-Ländern, sondern auch seine strukturelle Zusammensetzung erscheinen dadurch in einem anderen Licht. Dieses Diskussionspapier stellt die wesentlichsten Unterschiede zwischen klassischen Indikatoren des Sozialstaates und der NSLQ dar und entwickelt einige Hypothesen zu den Implikationen der NSLQ. Einerseits soll danach gefragt werden, was die NSLQ für die Suche nach Erklärungsursachen und die Typologisierung von Wohlfahrtsstaaten bedeuten kann. Andererseits werden wichtige Korrelate der NSLQ untersucht, um Anhaltspunkte für eine Effizienzbetrachtung der Wohlfahrtsstaaten in ausgewählten OECD-Ländern zu gewinnen. Die NSLQ liefert wertvolle Ergebnisse über parteipolitische Präferenzen für unterschiedliche Politikinstrumente sowie über die Verteilungswirkungen der steuerlichen Anreizsysteme. Sie ist jedoch gegenwärtig nur sehr bedingt für die Evaluation von allokativer Effizienz und beschäftigungspolitischer Performance verwendbar.

Summary

The concept of a net social expenditure ratio (NSER) by W. Adema raises doubts about some of the central assumptions of comparative welfare state analysis. Not only the quantitative dimension of welfare states in OECD-countries but also their structural components appear in a different light. This working paper shows the essential differences between traditionally used indicators of the welfare state and the NSER, and develops some hypotheses about the implications of the NSER. On the one hand, there is the question of what the NSER means for the search of determinants of welfare state growth and the typology of welfare states. On the other hand, some important correlates of the NSER are analysed to get hints for an efficiency oriented research of OECD welfare states. The NSER shows some interesting results for the political preferences of different parties for social policy instruments, as well as for the redistributive impact of such policies. It is, so far, difficult to handle as a measure of allocative efficiency or the labour market performance of welfare states.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Das Konzept der Nettosozialleistungsquote (NSLQ)	3
3. Die Implikationen der Nettosozialleistungsquote für die Art und Entstehung der Wohlfahrtsstaaten	10
3.1. Die Höhe der NSLQ: Eine Neubewertung der Diskussion um die Determinanten des Wohlfahrtsstaates?	10
3.2. Die Zusammensetzung der NSLQ: Politikprozesse und Regimetypen	12
3.3. Das Verhältnis der NSLQ zu anderen synthetisierten Indikatoren der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung	16
4. Die effizienztheoretischen Implikationen der Nettosozial- leistungsquote	19
4.1. Allokative und distributive Wirkung von indirekten Sozialleistungen	19
4.2. Die Korrelate der NSLQ: Indikatoren der Anreizwirkung	21
4.3. Die Korrelate der NSLQ: Indikatoren der Ergebnisgrößen	24
4.3.1. Die NSLQ und Beschäftigung	24
4.2.2. Die NSLQ und Einkommensverteilung	27
5. Schluß	29
Anhang	31
Literatur	33

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Die Berechnung der NSLQ.....	5
Tabelle 2	Vergleich der NSLQ mit traditionellen Indikatoren (1995)	6
Tabelle 3	Die Korrelation unterschiedlicher Sozialstaatskonzepte	8
Tabelle 4	Die wesentlichen Komponenten der NSLQ (1995).....	9
Tabelle 5	Die Korrelate wohlfahrtsstaatlicher Expansion	11
Tabelle 6	Korrelate wesentlicher Komponenten der NSLQ und Parteigruppierungen	14
Tabelle 7	Korrelate wesentlicher Komponenten der NSLQ und polit. Institutionen	16
Tabelle 8	Indikatoren der Steuer- und Transfersysteme.....	22
Tabelle 9	Korrelation von Sozialleistungsquoten und Indikatoren für die Steuer- und Transfersysteme	24
Tabelle 10	Beschäftigungsquoten und die NSLQ	25
Tabelle 11	Determinanten der Beschäftigungsquoten für Dienstleistungen und Frauen	26
Tabelle 12	Korrelation zwischen NSLQ und Einkommensverteilung	27
Tabelle 13	Zusammenhang zwischen Korporatismus und freiwillig-privaten Sozialleistungen und der Einkommensverteilung	28

Grafikenverzeichnis

Grafik 1	NSLQ/ BSLQ und der Grad der Dekommodifizierung.....	17
Grafik 2	NSLQ/ BSLQ und der Index der Bedürftigkeitsprüfung (Korpi/ Palme).....	18
Grafik 3	NSLQ/ BSLQ und der Grad der Employment Protection (OECD).....	19

Abkürzungsverzeichnis

BSLQ	Bruttosozialleistungsquote
DirSt	Direkte Steuern
FPNSLQ	freiwillig-private Nettosozialleistungsquote
IndSt	Indirekte Steuern
NSLQ	Nettosozialleistungsquote
OENSLQ	öffentliche Nettosozialleistungsquote
OPNSLQ	obligatorisch-private Nettosozialleistungsquote
SVSZ	Steuervergünstigungen zu sozialpolitischen Zwecken

1. Einleitung

Das traditionelle Bild des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates im internationalen Vergleich ist durch drei wesentliche idealtypische Abgrenzungen gekennzeichnet. Erstens werden unter sozialstaatlichen Leistungen solche verstanden, welche der sozialen Sicherung von Haushalten oder Individuen dienen. Zweitens handelt es sich dabei im wesentlichen um direkte Leistungen in Form von Gütern und Dienstleistungen oder finanziellen Transferzahlungen. Drittens liegt der Fokus überwiegend auf Leistungen staatlicher Institutionen. Diese drei Elemente finden sich in folgender OECD-Definition wieder: „*Social expenditure is the provision by public and private institutions of benefits to, and financial contributions targeted at, households and individuals in order to provide support during circumstances which adversely affect their welfare, [...] Such benefits can be cash transfers, or can be the direct (‘in-kind’) provision of goods and services.*“ (OECD, *Manual of the Social Expenditure Database*).

Diese Abgrenzungen sind längst Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion, und zahlreiche Studien belegen, dass die Übergänge zwischen staatlich und privat sowie zwischen sozial und nichtsozial¹ fließend sind (u.a. Esping-Andersen 1990, Rhein 1996). Die Übergänge zwischen Steuer- und Sozialleistungssystem sind jedoch bislang v.a. auf der Ebene der anwendungsorientierten Forschung thematisiert worden (BMF 1995, OECD 1997 und 1999).

Das Konzept der Nettosozialleistungsquote (NSLQ) von Willem Adema (1999) versucht, die Operationalisierung des Sozialstaates in zweierlei Hinsicht zu modifizieren. Erstens werden sozialpolitisch wirksame Bereiche des Steuersystems berücksichtigt und insbesondere die staatlichen Steuern und Abgaben auf direkte Sozialleistungen integriert. Zweitens werden aus dem Bereich der privat bereitgestellten Sozialleistungen all diejenigen eingeschlossen, die entweder mittels staatlicher Regulierung verbindlich generiert wurden, oder bei denen die Nachfrage durch staatliche Anreize zusätzlich gefördert wird.

Die Ergebnisse der NSLQ belegen nach Adema (1999: 33) die These der Konvergenz der Sozialleistungsniveaus in den OECD-Staaten. Einerseits werden im Rahmen des klassischen Indikators der Bruttosozialleistungsquote (BSLQ) die Ausgaben für Soziales von den sog. Nachzüglern unterschätzt, so z.B. für die USA. Andererseits führt die rigorose Besteuerung

¹ Bislang nur wenig diskutiert wird jedoch, die staatlichen Ausgaben für Bildung und Erziehung in die Sozialleistungsquote einzubeziehen. Die geforderte stärkere Verzahnung von Bildung und sozialer Sicherung – beispielsweise im Konzept des lebenslangen Lernens – macht diese Trennung zunehmend fraglicher.

von Sozialleistungen im Fall Dänemarks zu einer wesentlich geringeren NSLQ. Deutschland und Belgien liegen diesem Ansatz zufolge auf den beiden vordersten Rängen.

Die Dekomposition der NSLQ führt hingegen zu großen Unterschieden innerhalb der Gruppe der Industriestaaten. Diese „neue“ Divergenz wirft daher Fragen nach traditionellen Typologien des Wohlfahrtsstaates auf. Entsprechen die Ergebnisse der NLSQ den Erwartungen der Idee der drei Wohlfahrtsstaatsregime nach Titmuss bzw. Esping-Andersen (1990)? Wie lassen sich die Unterschiede in der Problemlösungskapazität der Wohlfahrtsstaaten trotz dieser generellen quantitativen Annäherung erklären?

Das vorliegende Diskussionspapier geht diesen Fragen in drei Schritten nach. In Kapitel 2 wird das Konzept der NSLQ erläutert und dem klassischen Maß der BSLQ gegenübergestellt. In einer deskriptiven Betrachtung sollen die wesentlichsten Komponenten der NSLQ in 13 OECD Ländern verglichen werden. Kapitel 3 befasst sich mit der Frage nach einer Readjustierung von Wohlfahrtsstaatstypologien. Kann die NSLQ zu neuen Ansichten in der Ursachenforschung der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenanalyse führen? Unterschiedliche Politikinstrumente zur Umsetzung wohlfahrtsstaatlicher Ziele lassen sich durch die Differenzen im Politikprozess und v.a. im politischen Institutionsgefüge erklären (vgl. Howard 1997). Dies impliziert eine Umdeutung der Konstitution der einzelnen Wohlfahrtsstaatsregime insbesondere des neoliberalen Typus. Kapitel 4 untersucht die Korrelate der NSLQ und ihrer Komponenten. Besonders relevant ist dabei die beschäftigungs- und verteilungspolitische Performanz der einzelnen Wohlfahrtsstaaten. Kapitel 5 fasst die wesentlichsten Ergebnisse zusammen.

2. Das Konzept der Nettosozialleistungsquote (NSLQ)

Der bedeutendste eindimensionale Indikator für eine quantitative Messung des Sozialstaates ist die sog. Bruttosozialleistungsquote (BSLQ) – das Verhältnismaß der Summe aller Ausgaben mit sozialpolitischem Charakter zum Bruttoinlandsprodukt eines Landes.² Die wichtigsten Datenquellen (ILO, EUROSTAT und OECD) unterscheiden sich zwar in ihrer klassifikatorischen Systematik, die wesentlichen Kategorien sind jedoch in allen dreien auffindbar (ILO 2000).³ Alle drei Quellen weisen jedoch nur die Bruttozahlungen aus, d.h. die Besteuerung von Sozialleistungen wird nicht berücksichtigt (ILO 2000).

Das Konzept der Nettosozialleistungsquote (NSLQ) von W. Adema (1999) verwendet als Grundlage die BSLQ der OECD. Adema gelangt von der BSLQ in drei Schritten zur NSLQ. (vgl. Tabelle 1)

Schritt 1: Die rein öffentliche NSLQ (OENSLQ) erhält man (a) durch Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge, (b) durch Abzug der indirekten Steuern auf Konsum, sowie (c) durch Addition der steuerlichen Vergünstigungen zu sozialen Zwecken (SVSZ bzw. *Tax Breaks with Social Purposes*). Zu (a): Die Besteuerung bzw. Erhebung von Sozialbeiträgen auf Sozialleistungen ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Während in Dänemark oder den Niederlanden bis zu 25% der Bruttosozialleistungen an den Fiskus bzw. die Sozialkassen zurückfließen, ist dies in den USA oder dem Vereinigten Königreich lediglich für 2 bis 3% der Fall (Adema 1999: 20). Die Basis der Berechnung der Steuer- bzw. Abgabensätze sind i.d.R. Mikrosimulationsstudien, welche die sog. *Average Itemized Tax Rate* liefern (Adema et al. 1996: 13). Zu (b): Ein Großteil der Sozialleistungen wird in manchen OECD-Ländern durch indirekte Steuern finanziert. Die Finanzierung der Sozialleistungen wird in den OECD-Daten generell nicht erhoben. Da jedoch auch die Höhe der indirekten Steuern einen entscheidenden Einfluss auf die Nettoeinkommen der Haushalte besitzt, werden die indirekten Steuern in der NSLQ berücksichtigt. Dabei wird davon ausgegangen, dass alle sozialen Transfers vollständig konsumiert werden. Die Kalkulation der sog. *Average Indirect Tax Rate* ergibt sich aus dem Verhältnis der öffentlichen Einnahmen aus Verbrauchs- und Konsumsteuern und der Höhe des privaten und öffentlichen Konsums (Adema et al. 1996: 19). Zu (c): Die Berücksichtigung der Steuervergünstigungen ist eine der wichtigsten Neuerungen der NSLQ. Die integrative Betrachtung des Steuer- und Transfersystems ist für unterschiedliche Bereiche

² Anmerkung: Ademas Bezeichnungen „netto“ und „brutto“ entsprechen in ihrer Verwendung nicht der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Der Unterschied zwischen BSP und NSP liegt in Abschreibungen, während das Abgrenzungsmerkmal zwischen BSLQ und NSLQ in der Erfassung von Steuern und Subventionen liegt.

³ Sicherungssysteme für Alter, Invalidität, (berufl.) Unfälle, Gesundheit und Arbeitslosigkeit sowie Familienhilfe, Sozialhilfe und soziale Wohnungspolitik.

der Politikberatung zu einem bedeutsamen Anliegen geworden (vgl. u.a. BMF 1995, OECD 1997 und 1999b) und spielt insbesondere für die Diskussion des Niedriglohnssektors eine entscheidende Rolle. Bislang wurden die sozialpolitisch motivierten Steuererleichterungen sowohl in den statistischen Quellen als auch in der theoretischen Forschung kaum beachtet.⁴ Adema unterscheidet v.a. zwei Arten solcher Steuervergünstigungen. Einerseits gibt es solche, welche bestimmte Einkommens- oder Haushaltsarten begünstigen. Ein Beispiel hierfür wären geringere Einkommensteuersätze für Renten. Andererseits gibt es Steuervergünstigungen, welche direkte Sozialleistungen ersetzen oder bestimmte Ausgabearten der Haushalte subventionieren. Der Kinderfreibetrag der deutschen Einkommenssteuergesetzgebung mag hier als Beispiel dienen. Problematisch ist allerdings, dass gerade die Steuervergünstigungen für Alterssicherung nur schwer zu ermitteln sind (Adema 1999: 25), da es sich zumal im Fall der nachgelagerten Besteuerung um zukünftige Zahlungen handelt und exakte einheitliche Steuersätze sich daher nur schwer kalkulieren lassen.

Schritt 2: Zu der öffentlichen NSLQ müssen die gesetzlich vorgeschriebenen (obligatorisch-) privaten Sozialausgaben als Prozentsatz des BIP (OPNSLQ) gezählt werden (Adema/Einerhand 1998). Ein prominentes Beispiel für solche Sozialausgaben sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall des deutschen sozialen Sicherungssystems. Diese werden gesetzlich vorgeschrieben, müssen jedoch vom Arbeitgeber erbracht werden. Auch staatlich festgelegte Mindestrenten, welche private Alterssicherungsanbieter beispielsweise im Vereinigten Königreich garantieren müssen, fallen in diese Kategorie (ebda. 1998: 8). Diese obligatorisch-privaten Bruttosozialleistungen werden von Adema in zu den öffentlichen Bruttosozialleistungen analoger Weise in Nettosozialleistungen umgewandelt (vgl. Schritt 1, (a) bis (c)).

Schritt 3: Als dritte Komponente neben öffentlichen und obligatorisch-privaten Nettosozialleistungen fügt Adema freiwillig-private Nettosozialleistungen als Prozentsatz des BIP (FPNSLQ) hinzu. Hierzu zählen für Adema all diejenigen Sozialleistungen, die zwar privat ohne staatliche Vorschriften erbracht werden, dies jedoch nicht zu Marktkonditionen (Adema/Einerhand 1998: 9 bzw. Adema 1999: 10). Wesentliche Beispiele sind die steuerlichen Begünstigungen individueller oder betrieblicher Alterssicherung. Wie für die öffentlichen und obligatorisch-privaten Sozialleistungen müssen auch für die freiwillig-privaten Sozialleistungen die jeweiligen Nettosätze berechnet werden. Tabelle 1 fasst die drei Schritte zusammen.

⁴ Dies gilt jedoch nur eingeschränkt für die nationalstaatlichen Statistiken. So weist das statistische Bundesamt neben den sog. direkten Leistungen im Sozialbudget auch die indirekten Leistungen aus, die zum Großteil aus Steuerfreibeträgen für Kinder und dem Familienlastenausgleich zusammensetzen. Die Höhe dieser indirekten Leistungen liegt bei rund 72 Mio. DM 1995 bzw. rund 6% des Sozialbudgets (Statistisches Bundesamt 1997).

Tabelle 1: Die Berechnung der NSLQ

	Operation	kumulative Indikatoren	einzelne Komponenten
1.		(öffentliche) BSLQ	öffentliche NSLQ (OENSLQ)
	-	Direkte Steuern/ Sozialbeiträge (DirSt)	
	-	Indirekte Steuern auf Konsum (IndSt)	
	+	Steuervergünstigungen mit sozialpolitischen Motiven (SVSZ)	
2.	+	obligatorisch-private BSLQ	obligatorisch-private NSLQ (OPNSLQ)
	-	Direkte Steuern/ Sozialbeiträge	
	-	Indirekte Steuern auf Konsum	
	+	Steuervergünstigungen mit sozialpolitischen Motiven	
	=	öffentlich bestimmte NSLQ	
3.	+	freiwillige-private BSLQ	freiwillig-private NSLQ (FPNSLQ)
	-	Direkte Steuern/ Sozialbeiträge	
	-	Indirekte Steuern auf Konsum	
	+	Steuervergünstigungen mit sozialpolitischen Motiven	
	=	(gesamte) NSLQ	

Anm.: vereinfachte Version der Tabelle von Adema (1999: 28)

Was die Konstruktion der NSLQ anbetrifft, räumt Adema selbst ein, dass er in mehrerer Hinsicht einige starke Annahmen treffen musste, um die NSLQ operationalisierbar machen zu können. So geht er davon aus, dass die Sozialleistungsbezieher eine marginale Konsumneigung von eins besitzen (1999: 23). Zwar berechnet er die *Average Indirect Tax Rates* für unterschiedliche Leistungsarten jeweils getrennt (Adema/ Einerhand 1998: 17), die Konsum-

neigung hängt jedoch entscheidend vom Einkommensniveau des einzelnen Haushaltes ab. Da die jeweiligen Zielgruppen für einzelne Programme von Land zu Land äußerst unterschiedlich sind (vgl. Behrendt 2000), schwankt auch die tatsächliche Konsumneigung z.T. erheblich.

Tabelle 2: Vergleich der NSLQ mit traditionellen Indikatoren (1995)

Land	BSLQ	NSLQ	Staatsquote (EN)	Staatsquote (AG)
AUL	17,8	18,4	30,4	28,2
BEL	28,8	23,9	46,0	38,1
CAN	18,6	18,3	36,0	32,7
DEN	30,5	20,9	51,4	45,2
FIN	31,9	23,0	46,1	45,6
GER	27,1	24,7	39,2	32,7
IRE	19,4	16,6	33,8	32,1
ITA	23,7	20,0	41,3	34,1
NET	26,8	22,3	43,8	40,2
NOR	27,6	19,7	41,5	36,0
SWE	33,0	24,5	49,5	47,7
UK	22,4	22,6	35,6	34,5
USA	15,8	22,5	27,9	25,0
<i>Variation</i>	<i>0,23</i>	<i>0,12</i>	<i>0,18</i>	<i>0,19</i>

Anm.: BSLQ = Bruttosozialleistungsquote der OECD; NSLQ = Nettosozialleistungsquote (Adema 1999: 30/31), Staatsquote (EN) = Staatsquote der Einnahmenseite des öffentlichen Haushalts gemessen als „*Total Tax Revenue as Percentage of GDP*“ (OECD 1998); Staatsquote (AG) = Staatsquote der Ausgabenseite (Cusack 1991, Internet) gemessen als Summe allen zivilen Staatsverbrauchs sowie der staatlichen Transferleistungen an Haushalte. Variation = Variationskoeffizient.

Ferner können die besonders bedeutsamen Steuervergünstigungen für freiwillig-private Sozialleistungen insbesondere für Alterssicherung aufgrund der mangelnden Kalkulierbarkeit nur unzureichend in die NSLQ integriert werden (Adema 1999: 25/26). Dies ist um so problematischer, da im Falle der Alterssicherung und Gesundheitsversorgung der Großteil der freiwilligen Ausgaben als „soziale Ausgaben“ eingestuft werden (1999: 11). Hier verschwimmt die Abgrenzung von sozial und nichtsozial in der Terminologie Ademas. Die NSLQ überschätzt daher teilweise die Sozialausgaben im engeren Sinne einer staatlichen Beeinflussung der Nachfrage.

Die NSLQ umfasst insgesamt ein wesentlich breiteres Spektrum an sozialstaatlichen Tätigkeiten bzw. Politikinstrumenten, stellt jedoch eine genauere Eingrenzung der Leistungen, welche die Haushalte letztlich erreichen (Nettorechnung) dar und führt zu erheblichen Unterschieden im Vergleich zur BSLQ.

Tabelle 2 führt mehrere Indikatoren auf, welche für die Sozialstaatsdiskussion relevant sind. Die BSLQ basiert auf der klassischen OECD-Definition von Sozialleistungen in Relation zum BIP. Die NSLQ zeigt die Ergebnisse der Berechnungen von Adema. Zur besseren Vergleichbarkeit sind diese Werte in Relation zum BIP zu Marktpreisen angegeben. Hinzu kommen zwei weitere Indikatoren als Maße für unterschiedliche Staatsquotenkonzepte: erstens die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen im Verhältnis zum BIP (Spalte 4) und zweitens eine von T. Cusack modifizierte Version der Staatsquote (Spalte 5), die um Militärausgaben und Aufwendungen für den Schuldendienst bereinigt ist. Während die zivile Staatsquote also ebenfalls ein Indikator ist, der auf der Ausgabenseite ansetzt, geht der erstere Indikator von den gesamten Staateinnahmen gemäß der OECD *Revenue Statistics* aus. Beide Indikatoren sind mit der klassischen BSLQ hoch korreliert, in wesentlich geringerem Maße jedoch mit der NSLQ. Dies zeigt die Korrelationsmatrix in Tabelle 3. Die Bruttosozialleistungen sind die wesentlichste Komponente der Staatsquote. Für die gesamte NSLQ gilt dies nicht in gleichem Maße.

Die Unterschiede zwischen den klassischen Indikatoren und der NSLQ sind daher zumindest für 1995 erheblich. Zwischen den Staaten nimmt die Variation der NSLQ im Verhältnis zu derjenigen der BSLQ ab (vergleiche Tabelle 2). Dies spricht nach Adema (1999: 33) für eine Konvergenz der absoluten Höhe der Sozialausgaben in den beobachteten Ländern. Einige der aus traditioneller Sicht betrachteten Nachzügler wie beispielsweise die USA legen über 7 Prozentpunkte zu, während ein „großzügiger“ Wohlfahrtsstaat wie Dänemark fast 10 Prozentpunkte einbüßt.

Tabelle 3: Die Korrelation unterschiedlicher Sozialstaatskonzepte

	BSLQ	NSLQ	Staatsquote (EN)	Staatsquote (AG)
BSLQ	1			
NSLQ	0,58**	1		
Staatsquote (EN)	0,95***	0,47	1	
Staatsquote (AG)	0,92***	0,44	0,94***	1

Anm.: Signifikanzniveaus: * < 0,1; ** < 0,05; *** < 0,01

Die höchste Aggregationsstufe verbirgt allerdings die großen Unterschiede innerhalb der einzelnen Komponenten der NSLQ. Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Komponenten der NSLQ für die einzelnen Länder.⁵

Die skandinavischen Länder sowie die Niederlande besteuern Sozialleistungen in besonders hohem Maße. Die übrigen europäischen und angloamerikanischen Staaten sind diesbezüglich wesentlich zurückhaltender. Der Umfang der sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen und die Förderung obligatorisch-privater Sozialleistungen ist in Relation zum BIP in allen Ländern gering. Die Werte für die freiwillig-privaten Sozialleistungen sind hingegen in einigen Ländern beträchtlich. Das Maximum liegt bei 7,8% des BIP zu Faktorkosten für die USA. Dies deckt sich mit den Schätzungen zu den Nettozialleistungen einzelner Länder.⁶ Die übrigen Staaten des sog. neoliberalen Wohlfahrtsstaatstypus (AUL, IRE, CAN, UK) und die Niederlande weisen hier ebenso sehr hohe Werte auf. Generell dürften die Ergebnisse sogar noch unterschätzt sein, da die Steuervergünstigungen für viele private Alterssicherungsprogramme nicht vollständig berücksichtigt werden konnten.

Die Korrekturmaßnahmen des NSLQ-Konzeptes bewegen sich insgesamt in beträchtlichen Größenordnungen. Im folgenden sollen daher die Implikationen dieses neuen Indikators für die wohlfahrtsstaatliche Ursachen- und Wirkungsanalyse betrachtet werden. Da Daten zu der NSLQ bislang nur im Querschnitt vorliegen (1993 bzw. 1995), können diese Implikationen jedoch nur vorläufiger Natur sein.

⁵ Im Gegensatz zu Tabelle 2 sind die ausgewiesenen Werte in Relation zum BIP zu Faktorkosten gesetzt worden, da dadurch die indirekten Steuern auch im Nenner berücksichtigt werden. Das BIP zu Marktpreisen würde für Länder mit hohen indirekten Steuern zu „groß“ ausfallen und damit die NSLQ senken.

⁶ Howard (1996: 26) kommt auf Basis detaillierter Statistiken für die USA zu Ergebnissen in ähnlicher Größenordnung. Die Gesamtheit aller Steuervergünstigungen zu sozialen Zwecken beträgt nach ihm fast 8% des BIP (vgl. Fn 4).

Tabelle 4: Die wesentlichen Komponenten der NSLQ (1995)

Land	BSLQ	DirSt	IndSt	SVSZ	OE- NSLQ	OP- NSLQ	FP- NSLQ	NSLQ
AUL	20,3	0,3	1,6	0,3	18,7	0,3	2,7	21,6
BEL	31,9	1,9	4,4	0,9	26,5	.	.	26,5
CAN	20,8	1,5	2,0	0,6	17,9	.	3,5	21,2
DEN	37,6	6,1	8,0	0,1	23,6	0,3	0,5	24,4
FIN	35,7	5,1	5,5	0	25,1	0,0	0,7	25,7
GER	30,4	1,2	4,2	0,9	25,9	1,0	0,8	27,7
IRE	21,8	0,4	4,4	0,5	17,4	.	1,5	18,7
ITA	26,5	2,3	3,3	.	20,9	.	1,4	22,3
NET	30,1	5,1	3,9	0,1	21,2	0,5	3,4	25
NOR	31,5	2,7	6,9	0	21,9	0,6	.	22,5
SWE	36,4	5,2	5,8	0	25,4	0,2	1,4	27
UK	25,9	0,4	3,7	0,6	22,3	0,3	3,6	26
USA	17,1	0,3	0,9	1,6	17,5	0,5	7,8	24,5

Anm.: Werte sind Prozentzahlen am BIP zu Faktorkosten. Quelle: Adema (1999: 30);
Abkürzungen vgl. Tabelle 1

3. Die Implikationen der Nettosozialleistungsquote für die Art und Entstehung von Wohlfahrtsstaaten

3.1. Die Höhe der NSLQ: Eine Neubewertung der Diskussion um die Determinanten des Wohlfahrtsstaates?

Die augenscheinliche Konvergenz der Wohlfahrtsstaaten auf höchster Aggregationsebene der Sozialleistungen lässt allgemein die Frage nach den Determinanten der Entwicklung der Sozialausgaben anschließen. Die Suche nach Determinanten wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung führt häufig zu funktionalistischen Ansätzen (z.B. Pampel/ Williamson 1989, Iversen/ Cusack 1998). Diese deuten den Wohlfahrtsstaat als eine Reaktion auf steigende Anforderungen einer modernen (Industrie-)Gesellschaft.

Innerhalb der Gruppe der funktionalistischen Argumenten gibt es drei Varianten. a) Die „*logic of industrialism*“ postuliert, dass der Wohlfahrtsstaat in seiner Expansion durch die Verwerfungen zu erklären ist, welche Industrialisierung und generell die Probleme der Marktwirtschaft mit sich bringen. So führen Mobilität und Fluktuation zu höheren sozialen Risiken, welche den politischen Druck auf Regierungen erhöhen, sozialpolitische Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen. Verwandt damit ist das Argument von Iversen und Cusack (1998: 17/18), dass die Sozialstaatsexpansion ein Produkt der gestiegenen Anforderungen an den Sozialstaat aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels (Deindustrialisierung) sei. b) Nach der „*logic of modernization*“ (vgl. van Kersbergen 1995: 11) erzeugen bestimmte Trends der Modernisierung höhere Nachfrage nach sozialstaatlichen Leistungen. Ein Beispiel hierfür ist die Zunahme der weiblichen Erwerbsneigung, welche konkrete sozialpolitische Programme zum Ausbau der Kinderbetreuung voraussetzt und erfordert (Esping-Andersen 1999). Die bei weitem wichtigste Quelle steigender Ausgaben ist in diesem Zusammenhang aber der demographische Wandel (z.B. Pampel/ Williamson 1989). c) Vertreter der „*the logic of globalization*“ sehen in zunehmender weltwirtschaftlicher Integration die Ursache für gestiegene Nachfrage nach Sozialleistungen zur Abfederung makroökonomischer Schocks. Dies gilt sowohl für den Fall der Handelsverflechtung (vgl. Katzenstein 1985) als auch für die gestiegene Kapitalmobilität (z.B. Garrett 1998: 80; Rodrik 1998: 1010).⁷

Diesen funktionalistischen Argumenten fügen einige Autoren parteipolitische und institutionelle Erklärungsansätze hinzu (Schmidt 1998; Garrett 1998). Demzufolge ist die zunehmende wohlfahrtsstaatliche Expansion ein Produkt bestimmter (partei-)politischer Zielsetzun-

⁷ Jedoch gehen mehrere Autoren eher davon aus, daß höhere weltwirtschaftliche Integration eher zu Kürzungen des Wohlfahrtsstaates führen dürfte (vgl. Kurzer 1993; Scharpf 1999).

gen oder wird entscheidend durch den institutionalisierten Politikprozess beeinflusst. Sozialdemokratische und christdemokratische Regierungen fördern laut Schmidt (1998: 209) den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, während säkular-konservative Parteien eher zu Kürzungen in diesem Bereich neigen. Die Existenz „institutioneller Begrenzer“ der Exekutive ist eine weitere Möglichkeit, geringere Wachstumsraten sozialstaatlicher Ausgaben in einigen Ländern zu erklären (ibid.: 210). Solche „Vetospiele“ – beispielsweise die Existenz einer zweiten Kammer der Legislative – hemmen nach Schmidt die Möglichkeit, sozialstaatliche Programme zu wahltaktischen Zwecken einzusetzen.

Eine Querschnittsanalyse der NSLQ für 13 OECD-Länder kann über die Relevanz der jeweiligen Theorierichtung Aufschluss geben.⁸ Die bivariaten Maße können für eine solch kleine Stichprobe nur in heuristischen Sinne interpretiert werden, ergeben aber interessante Aufschlüsse über Unterschiede zwischen NSLQ und BSLQ.⁹ Tabelle 5 gibt die bivariaten Korrelationen zwischen den beiden Sozialstaatsindikatoren und einigen wesentlichen potentiellen Determinanten wieder.

Tabelle 5 Die Korrelate wohlfahrtsstaatlicher Expansion

	Parteien	Vetospiele	Korporatismus	Offenheitsgrad	Altersquotient	BIPPK
BSLQ	0,57**	- 0,18	0,86***	0,57*	0,54*	0,43
NSLQ	0,37	0,14	0,46*	0,26	0,53*	0,44

Anm.: Vgl. Tabelle 5a (Anhang) ; Pearson'sche Korrelationskoeffizienten bis auf Vetospiele (Korrelationskoeffizient von Spearman); Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Die Relevanz sozial- oder christdemokratischer Parteien (2. Spalte) zur Erklärung der NLSQ hat im Vergleich zur BSLQ abgenommen. Die Anzahl der Vetospiele (Schmidt 2000: 352) führt in keinem Fall in der Querschnittsanalyse zu signifikanten Ergebnissen. Länderkammern, starke Judikative oder proportionales Wahlrecht konnten also kaum den „Expansionsdrang“ des Sozialstaates hemmen. Der Indikator für Korporatismus (Lijphart 1999: Anhang) verliert im Übergang zur NSLQ einige Erklärungskraft. Dennoch leisten sich korporatistische Systeme mehr Nettosozialleistungen als pluralistische. Der Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft (Im- und Export in Relation zum BIP) entspricht nur für die BSLQ den

⁸ Tabelle 5a (vgl. Anhang) stellt die hier verwendeten Indikatoren dar

⁹ Da die 13 Werte keiner einfachen Normalverteilung unterworfen sind, wurden für alle Korrelationen Tests auf Robustheit durchgeführt. Die Korrelationen wurden jeweils auch für kleinere Stichproben getestet, da insbesondere die FPNLSQ der USA einen Ausreißer darstellt. Die Werte blieben trotz dieser Ausreißer in Dimension und Vorzeichen stabil.

Erwartungen Katzensteins. Für die NSLQ verschwindet dieser Zusammenhang. Dies spricht für die These, dass die wohlfahrtsstaatliche Dynamik eher von internen Ursachen vorangetrieben wird, und dass Sozialstaaten in Ademas Definition nicht notwendigerweise „inkompatibel“ mit grösserer volkswirtschaftlicher Offenheit sind. Die Beziehung zwischen Pro-Kopf-Einkommen (BIPPK) und Sozialstaatsexpansion ist nicht stärker geworden. Daher lässt sich die von Adema angedeutete Konvergenz nicht einfach als linearer Prozess steigender Wohlfahrt getreu des Wagner'schen Gesetzes erklären. Schließlich bleibt der Altersquotient auch für das Wachstum der NSLQ der stabilste potentielle Verursacher.

Insgesamt sind die Ergebnisse für die funktionalistischen Determinanten für BSLQ und NSLQ relativ ähnlich. Dies gilt jedoch nicht für die parteipolitischen und institutionalistischen Ansätze. Es liegt daher nahe zu vermuten, dass die NSLQ eine Konzeption des Sozialstaates misst, die von anderen politischen Gruppen und gesellschaftlichen Kräften vorangetrieben wird. Im folgenden soll dies anhand einzelner Komponenten der NSLQ nochmals untersucht werden.

3.2. Die Zusammensetzung der NSLQ: Politikprozesse und Regimetypen

Nach Christopher Howard sind die Steuervergünstigungen für sozialpolitische Zwecke als *hidden welfare state* von grundsätzlich anderen Politikprozessen und –koalitionen gekennzeichnet als der traditionelle Wohlfahrtsstaat der direkten Sozialleistungen (1997: 9). Die Akteurslandschaft besteht aus z.T. gänzlich verschiedenen Institutionen und Gruppen. Empfänger dieser Nettosozialleistungen sind meist nicht vertreten, ganz im Gegensatz zu den Bereitstellern staatlich begünstigter Sozialleistungen. Zudem sehen gerade säkular-konservative Politiker in sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen eine Chance, die generelle Steuerlast zu vermindern. Maßnahmen, die im Bereich der direkten Leistungen, eher den Charakter sozialpolitischer Kürzungen hätten, tragen als Steuervergünstigungen somit zu einem Aufblähen der verborgenen Sozialpolitik bei (1997: 10). Die Ambiguität dieser Art von Sozialpolitik ist dadurch so groß, dass eine eindeutige Zuordnung von unterschiedlichen Zielen schwierig ist. Die Politikarena für solche sozialpolitischen Maßnahmen unterscheidet sich von der für direkte Leistungen ebenfalls. Steuerpolitische Programme sind häufig weniger sichtbar und passiv an die Entwicklung der allgemeinen Steuerpolitik gekoppelt. Bedürfnisorientierte Programme sind nicht notwendigerweise anfälliger für Kürzungen und können, wie das Beispiel des *Earned Income Tax Credits* der USA zeigt, ein erstaunliches Wachstum erfahren (1997: 159).

Die NSLQ misst jedoch nicht nur den steuerlichen Vergünstigungen größeres Gewicht bei, sie integriert auch die steuerpolitischen Äquivalente zu direkten sozialpolitischen

Maßnahmen. Dadurch muss v.a. der „neoliberale Regimetyt“ (Esping-Andersen 1990) neu interpretiert werden. So wird z.B. in den USA seit langem die individuelle und betriebliche Alterssicherung steuerpolitisch in erheblichem Ausmaß gefördert. 401(k)-Pläne, individuelle Alterssicherungskonten und Keogh-Pläne führten 1995 zu ca. 85 Mrd. \$ an Steuerausfällen und waren damit die wesentlichste Komponente der FPNSLQ – ca. 1,8 von 7,8 Prozentpunkten. Ein weiteres Beispiel ist der genannte EITC sich für 1995 je nach Schätzung auf rd. 20 Mrd. \$ beläuft (Pearson/ Scarpetta 2000: 13). Die quantitative Dimension dieser Programme ist also beträchtlich und wird in Zukunft weiter zunehmen.¹⁰ Dies dürfte die generelle Nivellierung der NSLQ im OECD-Vergleich noch vorantreiben.

Die NSLQ vermag auch dazu beizutragen, deutlich zu machen, dass in jüngster Zeit Regierungen mit unterschiedlicher parteipolitischer Couleur zu ähnlichen Auffassungen kommen, was die Koppelung von Sozialleistungen an die Bereitschaft, Arbeit aufzunehmen, anbetrifft (*workfare*). Diese Tendenz lässt sich sowohl in neoliberalen Länder wie den USA oder dem UK als auch in den Niederlanden oder Dänemark finden. Aufgrund historischer Pfadabhängigkeiten und unterschiedlicher politischer Präferenzen sind diese Programme nicht deckungsgleich wohl aber funktional äquivalent. Solche anreizkompatible sozialpolitisch motivierte Besteuerung wird durch die NSLQ besser als durch die BSLQ erfasst. Ähnliches gilt auch für die Verringerung der Sozialleistungen durch Besteuerung, welche neben fiskalischen Zielen auch das Ziel verstärkter Arbeitsaufnahme haben kann. Daher erkennt man gerade unter den genannten Länder eine besonders starke Nivellierung der NSLQ.

Das sozialdemokratische bzw. skandinavische *Cluster* folgt insgesamt dem von Titmuss und Esping-Andersen analysierten Prinzip des Universalismus (Esping-Andersen 1990: 25/26). Demzufolge werden alle Arten des Einkommens versteuert, also auch die Sozialleistungen (vgl. Tabelle 3). Dies entspricht auch der Tendenz der skandinavischen Länder, Sozialleistungen überwiegend durch Steuern zu finanzieren (Schmidt 1998: 2000b). Private Sicherungsmaßnahmen spielen im Gegenzug immer noch eine untergeordnete Rolle (vgl. Esping-Andersen 1990: 80).

Die konservativen Wohlfahrtsstaaten zeigen ein vielschichtiges Bild. Besonders die Niederlande lassen sich nur noch schwer einem bestimmten Raster zuordnen. Die Besteuerung von Sozialleistungen ist in Belgien und Deutschland eher gering, in den Niederlanden jedoch hoch. Der niederländische Fall spräche daher eher für ein universalistisches Prinzip. Allerdings sind gerade die privaten Sicherungsmaßnahmen in den Niederlanden sehr bedeutsam. Da diese aber v.a. auf betrieblicher Ebene anzusiedeln sind und korporatistisch ausge-

¹⁰ Beispielsweise beliefen sich die Kosten des EITC im Jahr 1999 bereits auf ca. 30,5 Mrd. \$.

handelt wurden (vgl. z.B. Clark/ Bennett 2000), entsprechen die Niederlande auch kaum dem neoliberalen Cluster.¹¹

Bei den obligatorisch-privaten Sozialleistungen fallen die gesetzlich vorgeschriebenen Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall für Deutschland besonders ins Gewicht. Insgesamt spiegeln die unterschiedlichen Elemente der Steuer- und Sozialpolitik die Statusorientierung des bismarckschen Sozialversicherungstypus bzw. eines etatistisch-korporatistischen Staatsverständnisses im allgemeinen (vgl. Esping-Andersen 1990: 124-126) wider.¹² Generell sind mit Ausnahme Finnlands die Staaten mit der höchsten NSLQ in Kontinentaleuropa beheimatet.

Tabelle 6: Korrelate wesentlicher Komponenten der NSLQ und Parteigruppierungen

Indikator	Säkular-kons.	Liberal	Christdemok.	Sozialdemok.
NSLQ	- 0,48*	0,52*	0,05	0,29
Direkte Steuern/ BIP	- 0,67**	0,69***	- 0,07	0,54*
Indirekte Steuern/ BIP	- 0,49*	0,56**	- 0,40	0,76**
Steuervergünstigungen/ BIP	0,33	- 0,25	0,43	- 0,66**
OPNSLQ	- 0,21	0,17	0,51	- 0,21
FPNSLQ	0,49*	- 0,49	0,16	- 0,54*
Nachrichtl.: BSLQ	- 0,73***	0,72***	- 0,18	0,72*

Anm.: Für einzelne Parteigruppen wurde jeweils der prozentuale Kabinettsitzanteil der Jahre 1950-1998 mit den einzelnen Komponenten der NSLQ korreliert; Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Ohne direkt von spezifischen Regimetyten sprechen zu können, präferieren unterschiedlich gerichtete Parteien jeweils verschiedene Politikinstrumente. Die säkular-konservativen Parteien stellen den Bereich der eifrigsten Gegner einer Wohlfahrtsstaatsexpansion dar. Sie bevorzugen Sozialleistungen ohne zusätzliche Abgabenlast und vertreten nach Howard (1997: 44) häufig die Einführung von Steuervergünstigungen (vgl. Tabelle 6). Die wesentliche Komponente in ihrem Sozialstaatsmodell ist der Ausbau der Förderung freiwillig-privater sozialer Sicherung. Die „Liberalen“ Parteien verhalten sich nahezu identisch zu sozial-demokrati-

¹¹ Zu den Nachteilen der NSLQ und ihrer Zerlegung gehört, daß nicht explizit zwischen der Begünstigung von individuell-privaten und betrieblich-privaten Sicherungssystemen unterschieden werden kann.

¹² Zur familienorientierten Steuerpolitik vgl. Esping-Andersen (1999).

schen. Beide fördern den generellen Ausbau von direkten Sozialleistungen, die häufig steuerfinanziert werden und zudem direkte Steuern/ Beiträge abführen müssen. Freiwillig-private Sicherungsformen treten dagegen in den Hintergrund. Die christdemokratischen Parteien weisen insgesamt – entgegen den Erwartungen (vgl. Schmidt 1998: 223) – in dieser Querschnittsanalyse kein spezifisches Profil im Bezug auf sozialstaatliche Präferenzen auf.

Insgesamt spricht auf dieser Aggregationsebene also wenig für eine Konvergenz der unterschiedlichen Politikinstrumente zur Finanzierung des Sozialstaates (vgl. auch Schmidt 2000b: 12). Neben unterschiedlichen parteipolitischen Strategien sorgen auch institutionstheoretisch bedingte Pfadabhängigkeiten dafür, dass sich der *policy-mix* in den einzelnen Ländern stark voneinander unterscheidet (siehe Tabelle 7). Korporatistische Systeme bevorzugen direkte und indirekte Besteuerung von Sozialleistungen, setzen jedoch Steuervergünstigungen und freiwillig-private Sozialleistungen nur selten ein.

Die Anzahl der gegenmajoritären Institutionen (vgl. Schmidt 2000a) verhält sich zu dem hier verwendeten Korporatismus-Indikator spiegelbildlich. Die Ergebnisse für diesen Index von Schmidt sprechen dafür, dass fragmentierte, dezentrale und proporzorientierte Systeme verstärkt Steuervergünstigungen einsetzen und vor hoher direkter und indirekter Steuerbelastung der Sozialleistungen zurückschrecken. Korporatistische Regime integrieren die Sozialleistungen in das allgemeine Steuersystem und neigen insgesamt zu höheren sozialstaatlichen Ausgaben. Das weiter gefasste Konzept der Anzahl der Vetospieler liefert keine interpretierbaren Ergebnisse.

Tabelle 7: Korrelate wesentlicher Komponenten der NSLQ und polit. Institutionen

Indikator	Korporatismus	Gegenmajoritäre Institutionen	Zahl der Vetospieler
NSLQ	0,49*	0,16	0,16
Direkte Steuern/ BIP	0,72***	- 0,48*	- 0,22
Indirekte Steuern/ BIP	0,78***	- 0,51*	- 0,44
Steuervergünstigungen/ BIP	- 0,57*	0,85***	0,48
oblig.-private NSLQ	0,05	0,62*	0,55
freiwi.-private NSLQ	- 0,55*	0,42	0,10
Nachrichtl.: BSLQ	0,86***	0,34	0,09

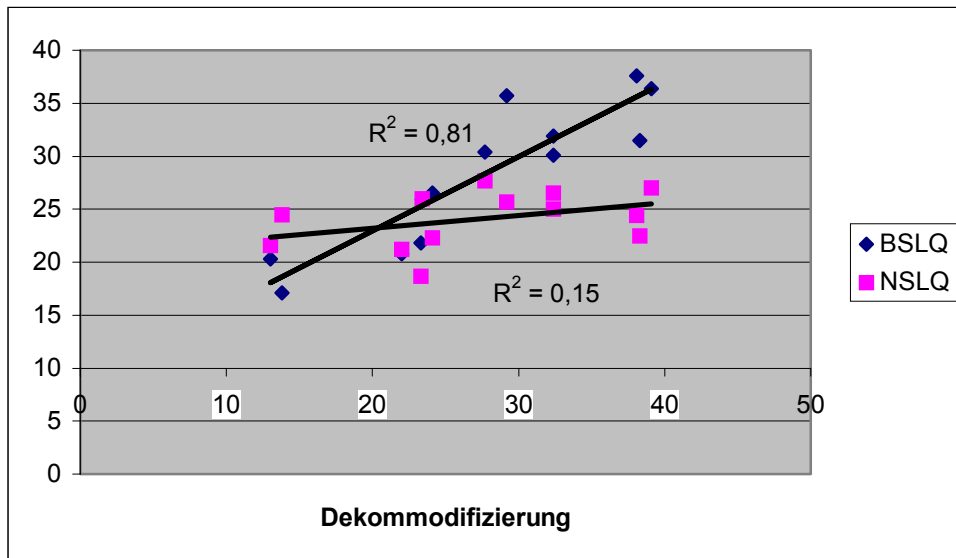
Anm.: vgl. Tabelle 5a (Anhang); Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

3.3. Das Verhältnis der NSLQ zu anderen synthetisierten Indikatoren der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung

Ein Vergleich der NSLQ mit anderen synthetisierten Indikatoren der Wohlfahrtsstaaten- und Arbeitsmarktforschung kann zu einer genaueren Eingrenzung unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatstypen beitragen. Zudem wird deutlich, dass die NSLQ in einigen Fällen zu einer neuen Heterogenität von Wohlfahrtsstaaten führt und makroquantitative Vergleiche, welche sich des klassischen Sozialstaatskonzeptes bedienen, in einem neuen Licht erscheinen lassen.

Der wichtigste synthetisierte Indikator der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung ist zweifelsohne der Grad der Dekommodifizierung nach Esping-Andersen (1990). Obwohl dieser Indikator mittlerweile „in die Jahre gekommen ist“ (Basis 1980), dient er noch immer als wesentliche quantitative Messgröße für die drei unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregime. Wie in Grafik 1 zu erkennen ist, sind die BSLQ und der Index von Esping-Andersen sehr nahe miteinander verwandt. Der Grad der gegenseitigen Beziehung liegt bei über 80%. Ganz anders sieht es jedoch mit der NSLQ aus. Durch die Nivellierung lässt sich kein Zusammenhang mehr erkennen ($R^2 = 0,15$), die drei Regimetypen verschwimmen ineinander.

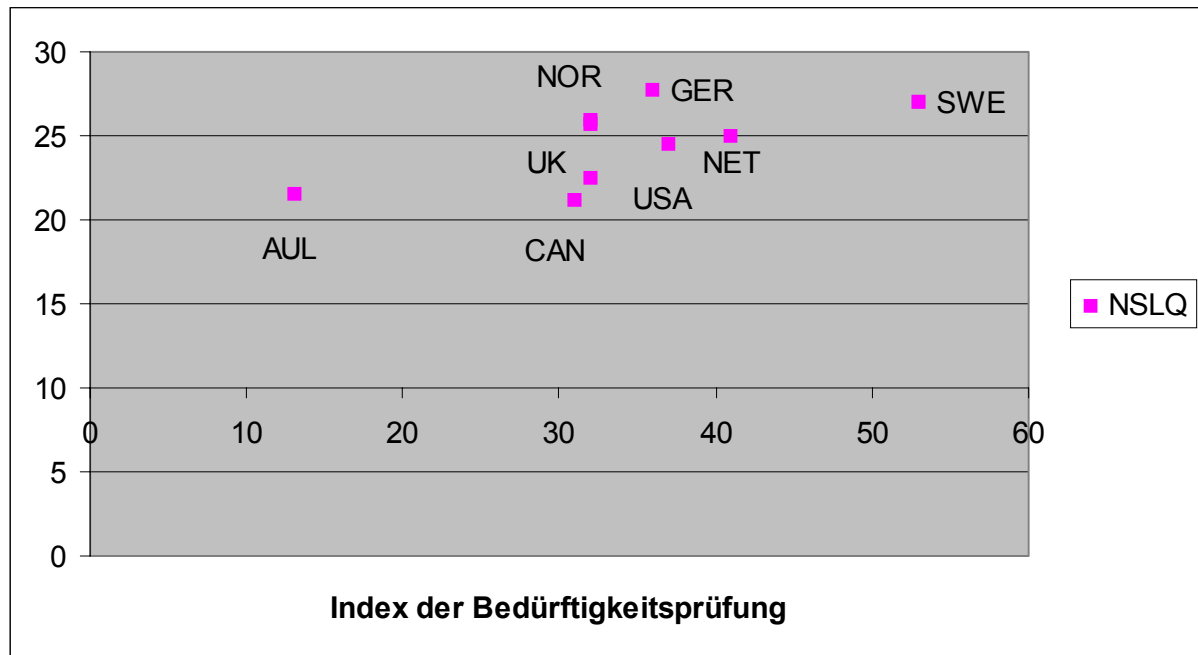
Grafik 1: NSLQ/ BSLQ und der Grad der Dekommodifizierung



Anm.: Dekommodifizierung (Esping-Andersen 1990), BSLQ/ NSLQ (Adema 1999: 30/31)

Viele Typologisierungen von Wohlfahrtsstaaten setzen daran an, ob sozialstaatliche Leistungen an Bedürftigkeitsprüfungen gekoppelt sind oder nicht. Korpi und Palme (1998) bieten einen allgemeinen Indikator der Bedürftigkeitsprüfung an, der sich auf die beiden Hauptsicherungssysteme Gesundheit und Alter beschränkt (ebda.: 683). Für die acht OECD-Länder, für welche dieser Indikator vorliegt, zeigt sich eine zentrale Tendenz um einen mittleren Grad der Bedürftigkeitsprüfung. Nur Schweden und Australien bilden eindeutige Ausreißer (vgl. Korpi/ Palme 1998: 677). Bedürftigkeitsprüfung kann daher weder mit besonders hohem noch besonders niedrigem Sozialleistungsniveau assoziiert werden.

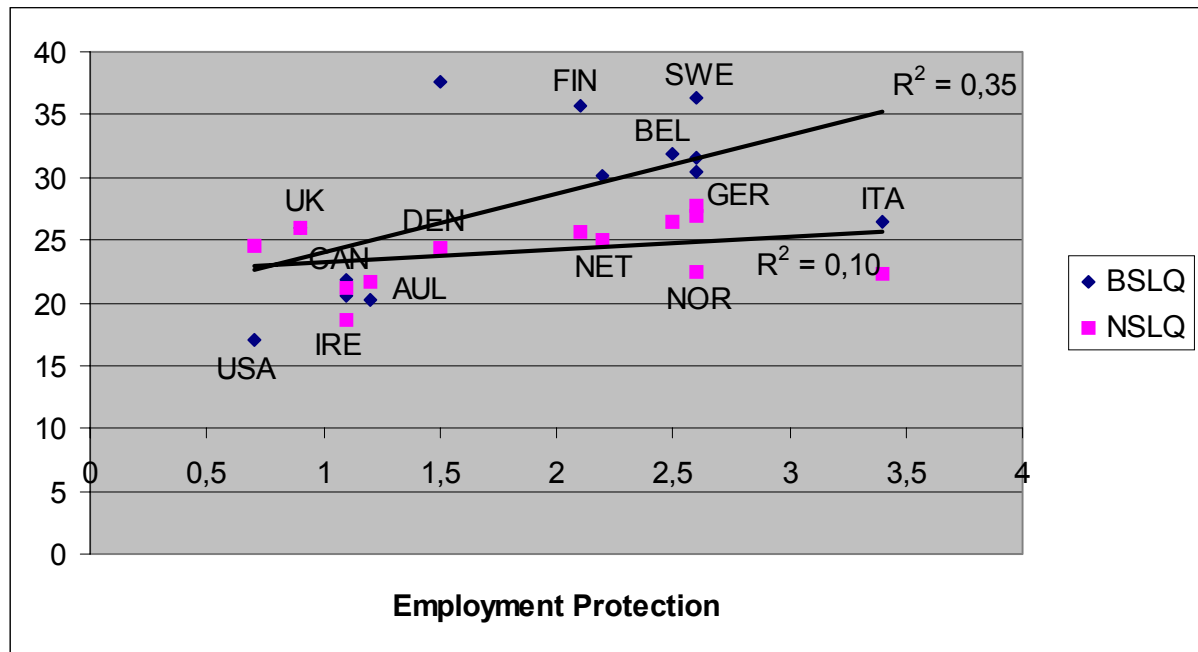
Grafik 2: NSLQ und der Index der Bedürftigkeitsprüfung (Korpi/ Palme)



Anm.: Index der Bedürftigkeitsprüfung nach Korpi/ Palme (1998), reskaliert auf Werte zwischen 0 und 100; NSLQ (Adema 1999)

Für das grundlegende Verständnis der einzelnen Wohlfahrtsstaaten sind die unterschiedlichen Arbeitsmarktregime wesentlich. Die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Sozialstaat werden zunehmend unter dem Stichwort *flexicurity* diskutiert. Soziale Sicherheit und flexible Beschäftigungssysteme müssen sich diesem Konzept zufolge keinesfalls ausschließen (Wilthagen 1998). Vielmehr gelangen Länder mit vergleichsweise hohen und niedrigen Sozialstandards zu ähnlichen Ergebnissen im Bezug auf die Flexibilität der Arbeitsverhältnisse. Ein Kernelement inflexibler Arbeitsmärkte ist laut OECD der Kündigungsschutz, welcher rechtlich und materiell in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die OECD (1999: 67) hat jüngst einen synthetisierten Gesamtindikator der *overall employment protection* veröffentlicht, der eine Vielfalt von Aspekten wie z.B. rechtlicher Arbeitnehmerschutz oder Schutz vor Massenentlassung zusammenfasst. Setzt man die BSLQ in Relation zu diesem Indikator für Kündigungsschutz, lässt sich immerhin eine schwach positive Assoziation feststellen. Der Übergang zur NSLQ deutet indes an, dass Sozialstaaten von ähnlicher quantitativer Dimension zu völlig unterschiedlicher Arbeitsmarktregulierung neigen. Ein *trade-off* zwischen Sicherheit und Flexibilität ist für die Gesamtheit der Sozialstaaten nicht mehr zu erkennen (Grafik 3).

Grafik 3: NSLQ/ BSLQ und der Grad der Employment Protection (OECD)



Anm.: Employment Protection (OECD 1999: 67), BSLQ/ NSLQ (Adema 1999: 30/31)

4. Die effizienztheoretischen Implikationen der Nettozialleistungsquote

4.1. Allokative und distributive Wirkung von indirekten Sozialleistungen

Spätestens seit der Publikation von „*Making work pay. Taxation, Benefits, Employment and Unemployment*“ hat die OECD (1997) die Analyse der Anreizwirkungen von Sozialleistungen auf die Beschäftigung zu einem integralen Bestandteil der ihrer „*Jobs Strategy*“ gemacht. Auch andere Institutionen der beratenden Politikforschung analysieren in zunehmendem Maße die Wechselwirkungen zwischen Steuer- und Transfersystem und deren Effektivität im Bezug auf unterschiedliche Politikziele (BMF 1995, Benchmarking Gruppe 1999). Die Analyse einzelner sozialpolitischer Programme wie beispielsweise dem EITC legt nahe, dass eine solche Anreizkompatibilität erzeugt werden kann (Pearson/ Scarpetta 2000: 13). Da die NSLQ explizit sozialpolitische Programme aus Steuerpolitik und klassischer Sozialpolitik integriert, stellt sie die Frage nach einer Wirkungsanalyse des Wohlfahrtsstaates

neu. Können die NSLQ und ihre Teilkomponenten dazu beitragen, alloкатive und distributive Einflüsse von Sozialleistungen genauer zu messen?

Die NSLQ berücksichtigt einige der wichtigsten impliziten Sozialleistungen, die sich aus dem Steuer- und Transfersystem ergeben. Dazu zählen der us-amerikanische EITC, der britische *Family Credit* oder auch der Kinderfreibetrag des deutschen Einkommenssteuersystems. Diese Politikinstrumente sind in ihrer Zielsetzung und alloкатiven Wirkung sehr unterschiedlich. Generell verringern Steuervergünstigungen die Steuerlast des Einkommens aus Arbeit. Insofern der Einkommenseffekt den Substitutionseffekt überwiegt, reagieren Individuen darauf nach ökonomischer Auffassung mit einer Erhöhung des Arbeitsangebotes (vgl. Atkinson 1993: 25). Zudem können weniger produktive Tätigkeiten in Volkswirtschaften mit hohen Lohnkosten verstärkt angeboten werden, wenn sich der *tax wedge* (Steuer- bzw. Abgabenkeil) reduziert.

In komplexen institutionellen Systemen, wie sie die Steuer- und Sozialgesetzgebung der meisten OECD-Länder kennzeichnet, können zusätzlich Steuervergünstigungen indes zu alloкатiven Verzerrungen führen (OECD 1997: 48), indem sie die Grenzabgabenlast diskontinuierlichen Verläufen unterziehen. Zudem erlaubt die Rubrik der Steuervergünstigungen zu sozialen Zwecken (SVSZ) nicht, sozialpolitische Programme, welche die Arbeitsaufnahme erleichtern sollen von Steuervergünstigungen mit anderen Zielsetzungen zu trennen. Der Gesamteffekt solcher Maßnahmen bleibt daher unklar.

Die Berücksichtigung direkter Steuern und Abgaben auf Sozialleistungen sowie der indirekten Besteuerung führt hingegen dazu, dass die NSLQ die Arbeitsanreize bzw. die Substitutionseffekte der Sozialleistungen genauer erfassen kann. Adema (1999: 20) gibt hierfür ein Beispiel: Geht man vom Konzept der Bruttosozialleistungen aus, erhielt ein durchschnittlicher Arbeiter 1995 in den Niederlanden \$ 24613 Arbeitslosenunterstützung im Jahr, ein entsprechender Fall im Vereinigten Königreich jedoch nur \$ 18659. Berücksichtigt man, dass auf diese Bezüge in den Niederlanden Steuern und Sozialabgaben zu bezahlen sind, beträgt die tatsächliche Höhe nur noch \$ 19753. Sind die Arbeitsanreize an die Höhe des Lohnersatz Einkommens gekoppelt, sollte die öffentliche NSLQ ein besserer Indikator für die Messung der quantitativ-monetären Anreizkompatibilität der Sozialleistungen sein als die traditionelle BSLQ.

Die obligatorisch-privaten Sozialleistungen stellen typische Substitute für vom Staat direkt finanzierte Leistungen dar und entsprechen folglich auch in ihren Anreizwirkungen denjenigen staatlicher Sozialleistungen. Bei den freiwillig-privaten Sozialleistungen lassen sich zumindest in der Untergruppe der betrieblichen Transfers *fringe benefits* und Einkommensabsicherung unmöglich voneinander trennen (Rhein 1996: 6). Die *fringe benefits* sind

zusätzliche Anreize der Arbeitgeber und wirken daher wie höheres Lohneinkommen. Die Transfers zur Einkommensabsicherung können jedoch wie Steuern oder Sozialabgaben aufgefasst werden und sind daher mit ähnlichen allokativen Problemen behaftet.

Die distributiven Wirkungen der NSLQ-Komponenten sind ebenfalls ambivalent. Gerade die indirekte Besteuerung von Sozialleistungen führt zu einem gewissen Grad an Regressivität. Diese wird jedoch durch unterschiedliche Besteuerung einzelner Verbrauchsarten teilweise reduziert. Die direkte Besteuerung der Sozialleistungen reduziert die Umverteilungskomponente sozialpolitischer Programme unmittelbar. Steuervergünstigungen, welche direkten sozialen Transfers entsprechen – z.B. im Falle der Beziehung zwischen Kindergeld und Kinderfreibetrag – erzeugen ein komplexes Umverteilungssystem zwischen unterschiedlichen Einkommensbeziehern. Ein Großteil der Steuervergünstigungen ist nur für bestimmte Bevölkerungssegmente zugänglich. Hierzu zählen z.B. verbilligte Kredite für privaten Immobilienerwerb. Zumeist verfolgen nur Steuererleichterungen, welche eine Einkommensprüfung voraussetzen, explizit redistributive Zielsetzungen.

Die freiwillig-privaten Sozialleistungen erzeugen ebenfalls in nur geringem Maße Redistribution. Dies liegt zum einen am Prinzip der Freiwilligkeit, welches i.d.R. dazu führt, dass Haushalte mit höheren Einkommen verstärkt von diesen Sicherungssystemen Gebrauch machen. Zum anderen sind viele dieser Programme auf betrieblicher Ebene angesiedelt. Daher ist der Teilnehmerkreis im Gegensatz zu den staatlichen Sicherungssystemen prinzipiell limitiert. Nicht alle Unternehmen können oder wollen diese Programme anbieten. Howard (1997:28) zeigt für den Fall der USA, dass der Großteil des *hidden welfare states* den besser gestellten Haushalten zugute kommt. Eine Variable, welche die *coverage rate* dieser Programme positiv beeinflussen könnte, ist der Grad des gesamtgesellschaftlichen Korporatismus. Tripartistisch orientierte Systeme sollten in der Lage sein, sozialpolitische Programme auf betrieblicher Ebene allgemein verbindlich zu machen (Clark/ Bennett 2000: 8).

4.2. Die Korrelate der NSLQ: Indikatoren der Anreizwirkung

Die Anreizwirkungen der NSLQ sind insgesamt sehr ambivalent. Ob (Netto-)Sozialleistungen tatsächlich negative Folgen für Beschäftigung oder Einkommensverteilung nach sich ziehen, kann daher erst ermittelt werden, wenn man die einzelnen Anreizsysteme für jedes Land genauer untersucht.

Tabelle 8: Indikatoren der Steuer- und Transfersysteme

Land	ALV		ALH Netto	effektive Grenz- belastung	Abgabenkeil
	Brutto	Netto			
AUL	24	30	38	38	29
BEL	38	65	39	.	61
CAN	55	58	27	.	40
DEN	60	70	65	.	63
FIN	52	63	61	48	55
GER	37	68	51	43	59
IRE	24	34	34	.	55
ITA	30	36	0	52	57
NET	70	69	62	.	55
NOR	62	66	46	.	58
SWE	77	75	62	51	60
UK	16	23	52	29	44
USA	50	58	7	.	35

Anm.: ALV = Lohnersatzrate der Arbeitslosenversicherung für Alleinstehende (OECD 1997: 23); ALH = Lohnersatzrate für Alleinstehende (OECD 1997: 28); effektive Grenzbelastung = durchschnittliche effektive Grenzabgabenlast für Erwerbstätige (OECD 1997: 49, eigene Berechnungen); Abgabenkeil = Differenz zwischen gesamten (Brutto-)Arbeitskosten für Durchschnittsarbeitsnehmer und der Konsumhöhe, die durch verbleibenden Lohn realisiert werden kann (OECD 1997: 67).

Die Besteuerung der Leistungen der Arbeitslosenversicherungen unterscheidet sich von Land zu Land erheblich. Deutschland ausgenommen besteuern alle Länder diese Leistungen, Schweden, Finnland und die Niederlande sogar in vollem Maße (einschließlich von Sozialbeiträgen). Weitaus weniger Staaten erheben jedoch Abgaben auf Arbeitslosenhilfe (OECD 1997: 21). Dies führt dazu, dass die Nettolohnersatzraten stark von der Bruttoberechnung abweichen. In Deutschland steigt die Ersatzrate von Brutto 37% auf 68% des Einkommens, während die Raten für Schweden und die Niederlande geringfügig fallen (Tabelle 8).

Die effektive Grenzabgabenlast ist einer der wichtigsten Indikatoren dafür, ob das Steuer- und Transfersystem Brüche aufweist, welche die Arbeitsaufnahme erschweren. Ein prominentes Beispiel ist die marginale Grenzabgabenlast von 100% der deutschen Sozialhilfe. Steuervergünstigungen zu sozialen Zwecken können dazu beitragen, diese Grenzbelastung zu erhöhen. Umgekehrt reduziert eine negative Einkommenssteuer diese Belastung in einem definierten Bereich. Aggregierte Daten für solche effektive Grenzabgaben sind nur schwer zu generieren. Tabelle 8 zeigt für sechs Länder die durchschnittliche Belastung für alle Einkom-

menssegmente. Das relativ einfache Steuersystem des Vereinigten Königreichs führt zu einer geringen zusätzlichen Steuerlast, während Länder mit einem komplexen Steuersystem und umfangreichen sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen eher hohe Werte aufweisen.

Für die Lohnnebenkostendiskussion wird häufig der Indikator des *tax wedge* („Abgabenkeils“) verwandt. Dieser Indikator liegt insofern zwischen einer Netto- oder Bruttobetrachtung, als dass er einerseits sämtliche Sozialversicherungsbeiträge und direkte sowie indirekte Steuern berücksichtigt, andere sozialpolitisch motivierte Programme (Steuervergünstigungen für öffentliche oder private soziale Sicherung) jedoch nicht (OECD 1997: 67).

Betrachtet man die Korrelationen zwischen den Brutto- und Nettoindikatoren für Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe und den Abgabenkeil erkennt man, dass die einzelnen Indikatoren erheblich stärker mit der BSLQ als mit der OENSLQ assoziiert sind (Tabelle 9). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Berechnung der Nettosozialleistungen für einzelne Bereiche nicht bisherigen Indikatoren konsistent ist. Dadurch wird deutlich, wie schwierig eine Analyse von Anreizwirkungen auf Basis der NSLQ ist.

Tabelle 9: Korrelation von Sozialleistungsquoten und Indikatoren für die Steuer- und Transfersysteme

	Brutto ALV	Netto ALV	Netto ALH	Abgabenkeil
BSLQ	0,51*	0,62**	0,73***	0,82***
OENSLQ	0,23	0,52*	0,60**	0,69***
FPNSLQ	-0,01	-0,14	-0,49	-0,71**

Anm.: Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

4.3. Die Korrelate der NSLQ: Indikatoren der Ergebnisgrößen

Die allokativen und distributiven Wirkungen sollen im folgenden empirisch veranschaulicht werden. Die alloкатive Performanzmessung erfolgt durch verschiedene beschäftigungs-politische Erfolgsgrößen, die distributive durch Maße der Einkommensverteilung.¹³

4.3.1. Die NSLQ und Beschäftigung

In einem ersten Schritt wurde die Korrelationsmatrix für die NSLQ und folgenden Hauptkomponenten ermittelt: die Steuervergünstigungen zu sozialen Zwecken, die obligatorisch- und freiwillig-privaten Sozialleistungen. Als Performanzindikatoren dienten unterschiedliche Beschäftigungsquoten, gemessen jeweils als Prozentsatz der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dazu zählen die Zahl aller (BQ) sowie der weiblichen Beschäftigten (WBQ). Da die Sozialleistungen als Lohnnebenkosten insbesondere für wenig produktive Dienstleistungen relevant sind (vgl. Scharpf 1997, 1999), wurden die Beschäftigungsquoten für vier große Dienstleistungssektoren gemäß der OECD-Kategorisierung hinzugefügt (BQ6-9).¹⁴

¹³ Bei der allokativen Wirkungsanalyse wird von makroökonomischen Erfolgsgrößen (z.B. Wirtschaftswachstum, Inflation und Arbeitslosigkeit) abgesehen, da diese in reinen Querschnittsanalyse nicht in sinnvoller Weise modelliert werden können.

¹⁴ vgl. Anhang für die OECD-Kategorien 1-9.

Tabelle 10: Beschäftigungsquoten und die NSLQ

	BQ	WBQ	BQ6	BQ7	BQ8	BQ9
NSLQ	0,27	0,34	-0,63**	-0,39	-0,25	-0,22
SVZSQ	-0,12	-0,20*	0,39	-0,70**	0,14	0,56*
OPNSLQ	0,00	-0,24	-0,10	-0,36	-0,45	0,24
FPNSLQ	0,34	0,24	0,70**	-0,42	0,70**	0,64**
BSLQ	0,13	0,25	-0,91***	0,34	-0,31*	-0,73***

Anm.: Daten zu Beschäftigungsniveaus: OECD Labour Force Statistics 1999; Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Die allgemeine NSLQ zeigt nur in einem Fall signifikante Ergebnisse (Tabelle 10); die Verhältniszahl der Beschäftigten im Bereich Handel und Gaststätten (BQ6) ist negativ mit der Quote der Nettozualleistungen korreliert. Im Vergleich hierzu liefert die BSLQ das eindeutige Bild negativer Beschäftigungsperformanz. Gerade die Bereiche Handel und Gaststätten (BQ6) sowie persönliche, kommunale und soziale Dienstleistungen (BQ9) weisen eine negative Korrelation mit der BSLQ auf. Steuervergünstigungen wirken sich negativ auf die Beschäftigung in einem Dienstleistungsbereich – Transport und Kommunikation (BQ7) – sowie auf die Zahl weiblicher Beschäftigter aus (WBQ), für die obligatorisch-privaten Sozialleistungen sind keine Trends erkennbar. Die freiwillig-privaten Sozialleistungen zeitigen in zwei Fällen (BQ6 und BQ9) eine positive Korrelation mit der Beschäftigung.

Das Fehlen eines Zusammenhangs zwischen der NSLQ und der allgemeinen Beschäftigungsquote ist konsistent mit den Ergebnissen für andere Sozialstaatsindikatoren (Scharpf 1997:2 und 1999: 201; Schmidt 1998: 256/257). Für die Höhe der privaten Beschäftigung ergibt sich jedoch im Gegensatz zu BSLQ oder dem Verhältnis von Steuern und Sozialbeiträgen zum BIP (vgl. Scharpf 1999: 204) kein signifikanter negativer Zusammenhang. Offensichtlich ist die beschäftigungspolitische Wirkung der durch die in die NSLQ eingeschlossenen Politikprogramme heterogener, in einigen Fällen sogar „besser“ als die der direkten Bruttozualleistungen.¹⁵ Gerade die Förderung von freiwillig-privaten Sozialleistungen kann private Beschäftigung als Substitut für Beschäftigung im öffentlichen Sektor steigern. Dies zeigen Beispiele aus dem us-amerikanischen Gesundheitssektor aber auch aus dem Bereich der auf private Sozialsicherung spezialisierten Finanzdienstleistern (Esping-Andersen 1991: 161).

¹⁵ Ein Vergleich mit der öffentlichen NSLQ zeigt, daß die Heterogenität im wesentlichen von den Beiträgen der privaten NSLQ stammt.

Potentielle Anreizverluste von Sozialleistungen, die nach herrschender Auffassung v.a. das weibliche Arbeitsangebot bestimmt (vgl. Esping-Andersen 1999; Atkinson 1993: 48/9), sind auf Basis der NSLQ nicht nachzuweisen. Allenfalls für die Steuervergünstigungen für staatliche Leistungen bzw. reduzierte Steuersätze (SVSZ) kann eine leicht „familiarisierende“ Wirkung in der Terminologie Esping-Andersens (1999) nachgewiesen werden.

Tabelle 11 Determinanten der Beschäftigungsquoten für Dienstleistungen und Frauen

	abhängige Variable			
	BQDL		WBQ	
Konstante	0,67***	(0,11)	0,65**	(0,22)
OENLSQ	-0,00	(0,01)	-	-
SVSZ	-	-	-0,08*	(0,04)
Kündigungsschutz	-0,02	(0,02)	1,31	(2,30)
Steuerkeil	-0,01*	(0,00)	-0,01	(0,02)
adj. R ² (DF)	0,69 (10)		0,39 (9)	
F-Test (Sign.)	8,48 (0,01)		1,46 (0,31)	

Anm.: Kündigungsschutz vgl. Grafik 3; Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Multivariate Analysen sind bei solch kleinen Stichproben sehr wenig aussagefähig. Dennoch ergeben sich interessante Indizien insbesondere für die Diskussion der Determinanten der Dienstleistungsbeschäftigung. Tabelle 11 zeigt, dass die Höhe der Gesamtbeschäftigung im Dienstleistungssektor (BQDL) nicht von den öffentlichen Sozialleistungen im Sinne Ademas abzuhängen scheint. Jedoch spielt entgegen den Erwartungen der OECD (1999) auch das Maß des generellen Kündigungsschutzes keine Rolle. Einzig relevanter Faktor in dieser Querschnittsanalyse ist der Abgabenkeil als Indikator für hohe Lohnnebenkosten. Ebenso wenig hängt die weibliche Erwerbsquote vom Kündigungsschutz ab. Hier scheint allenfalls das Steuersystem und insbesondere die Steuervergünstigungen eine Rolle zu spielen.¹⁶

¹⁶ Die Ergebnisse sind allerdings v.a. aufgrund der mangelnden Zuverlässigkeit der Daten für SVSZ nicht robust.

4.2.2. Die NSLQ und Einkommensverteilung

Was die Redistributionskapazität des Sozialstaates anbetrifft, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen der BSLQ und NSLQ. Während die BSLQ signifikant negativ mit dem Ausmaß der Ungleichheit der Einkommensverteilung korreliert ist (Tabelle 12), lässt sich für die NSLQ keine solche Beziehung nachweisen. Es liegt daher nahe, dass einige der Politikinstrumente in der NSLQ wenig oder sogar invers umverteilen. Dies gilt insbesondere für die Förderung der freiwillig-privaten Sozialleistungen, welche einen positiven Korrelationskoeffizienten von 0,7 bis 0,9 aufweisen.

Tabelle 12: Korrelation zwischen NSLQ und Einkommensverteilung

	Td9/Td5	Td5/Td1
NSLQ	-0,15	-0,48
SVZSQ	0,66*	0,58
OPNSLQ	-0,11	0,04
FPNSLQ	0,92**	0,74*
BSLQ	-0,78**	-0,85*

Anm.: Daten zur Einkommensverteilung: OECD (1996); Td9/Td5 = Verhältnis von 9. Dezil zu 5. Dezil; Td5/Td1 = Verhältnis 5. Dezil zu 1. Dezil; Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Für die USA kommt Howard zu dem Ergebnis, dass die Steuervergünstigungen als Teil der öffentlichen und privaten Sozialleistungen nicht den Verteilungsaspekten der direkten Sozialleistungen folgen. Steuervergünstigungen sind i.A. weder so inklusiv wie Sozialversicherungen noch bedürftigkeitsorientiert wie direkten Sozialhilfen. Vielmehr sind sie häufig zielgruppenorientiert auf höhere Einkommensschichten (Howard 1997: 34). Dies lässt sich an der positiven Korrelation zwischen der Einkommensspreizung zwischen den oberen Einkommensdezilen (Td9/Td5) und den Steuervergünstigungen für öffentliche Sozialleistungen (SVSZ) sowie den genannten freiwillig-privaten Sozialleistungen (FPSLQ) ablesen. Die Ergebnisse sind für alle OECD-Länder der Stichprobe robust (vgl. Fußnote 8).

Diese Ergebnisse ergänzen das sog. *paradox of redistribution* von Korpi und Palme (1998). Die Autoren zeigen für den Fall der direkten Sozialleistungen, dass paradoxerweise die wirtschaftliche Ungleichheit mit dem Grad der Bedürftigkeitsorientierung der Sozialhilfeprogramme zunimmt. Sie führen dies darauf zurück, dass in inklusiveren sozialpolitischen

Programmen große Koalitionen zwischen den gesellschaftlichen Schichten geschlossen werden, die ein relativ großes Gesamtbudget des Sozialstaates bewilligen können. Sozialstaaten, deren Programme dagegen auf Bedürftigkeits- bzw. Einkommensprüfung basieren, sind anfälliger für die *politics of retrenchment* der wohlhabenderen Schichten (Korpi/ Palme 1998: 663). Stimmt jedoch die These Howards (vgl. Kapitel 3.2.), dass die Politik des verborgenen Wohlfahrtsstaates einer anderen Logik folgt, resultiert die Ungleichheit des neoliberalen Clusters genau aus der Spezifität der sozialpolitisch motivierten Steuerpolitik. Sozialstaat kann – je nach politischen Präferenzen – unterschiedlichen Verteilungszielen folgen.

Tabelle 13: Zusammenhang zwischen Korporatismus und freiwillig-privaten Sozialleistungen und der Einkommensverteilung

	abhängige Variable			
	Td9/Td5		Td5/Td1	
Konstante	1,54***	(0,06)	1,61***	(0,22)
FPNSLQ	0,10**	(0,02)	0,10	(0,07)
Korporatismus	0,09	(0,08)	-0,06	(0,18)
Interaktionsterm	-0,01*	(0,00)	-0,18	(0,30)
adj. R ²	0,90 (10)		0,57 (9)	
Sign. F-Test	26,92 (0,00)		5,05 (0,04)	

Anm.: Interaktionsterm = FPNSLQ X Korporatismus; Signifikanzniveaus: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01

Wie in Kapitel 3 dargestellt, dürften korporatistische Staaten dazu tendieren, die *coverage rate* der privaten Sozialsicherungssysteme zu maximieren. Dies belegen die folgenden multivariaten Regressionen (Tabelle 13). Für die unteren Einkommensdezile (Td5/Td1) lassen sich keine signifikanten Zusammenhänge nachweisen. Im Fall der oberen Dezile erkennt man jedoch die vorhergesagte Logik. Insgesamt vergrößern freiwillig-private Sozialleistungen die Distanz zwischen höheren und niedrigeren Einkommenschichten. In Interaktion mit institutionalisiertem Korporatismus können diese Sozialleistungen jedoch zu einer Annäherung beitragen.

5. **Schluß**

Das Konzept der NSLQ von Willem Adema versucht, die Gesamtheit von öffentlichen und privaten Leistungen mit sozialem Charakter zu erfassen. Die traditionell benutzte BSLQ muss dazu um das Ausmaß der Abgaben auf Sozialleistungen, den indirekten Steuern sowie der sozialpolitisch motivierten Steuervergünstigungen korrigiert werden. Gleichzeitig werden obligatorische und freiwillige private Sozialleistungen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Kalkulation liefern ein überraschendes Bild. Ehemals als „großzügig“ eingestufte Sozialstaaten wie Dänemark liegen deutlich unterhalb des Medianwertes während residuale Wohlfahrtsstaaten wie die USA deutlich höhere Werte als in der BSLQ-Rechnung annehmen. Auf deskriptiver Ebene vermittelt die NSLQ den Eindruck internationaler Konvergenz des Ausmaßes an Sozialstaatlichkeit.

Gleichzeitig lässt sich innerhalb der Hauptkomponenten der NSLQ eine große internationale Variation feststellen. Insbesondere skandinavische Wohlfahrtsstaaten besteuern ihre Sozialleistung in beträchtlichem Maße. Ein wesentliches Element der angloamerikanischen Länder ist die staatliche Förderung privater Sozialleistungen. Dies sind die wesentlichen Elemente, die zu der Konvergenz beitragen. Die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten sind in Relation nur wenig von der modifizierten Sozialleistungsquote betroffen. Die große Ausnahme ist hierbei allerdings die Niederlande, welche die Elemente der beiden anderen Ländergruppen miteinander kombiniert. So werden einerseits Sozialleistungen relativ stark mit Abgaben belastet, andererseits spielen private Sozialleistungen eine wichtige Rolle.

Die Implikationen der NSLQ für die Ursachenforschung der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenanalyse ist auf Basis bivariater Korrelationen ambivalent. Parteipolitische und institutionalistische Argumente treten gegenüber funktionalistischen Ansätzen in den Hintergrund. Betrachtet man jedoch die disaggregierten Komponenten der NSLQ wird deutlich, dass unterschiedliche parteipolitische Konstellationen eine wichtige Rolle bei der Genese der jeweiligen Politikprogramme spielen. Insbesondere zeichnet sich eine parteipolitische Präferenz von säkular-konservative Parteien für Steuervergünstigungen zu sozialpolitischen Zwecken und freiwilliger sozialer Sicherung ab. Andererseits favorisieren sozialdemokratische Parteien die Integration der Sozialleistungen in das Steuersystem.

Für die Debatte um die drei Wohlfahrtsstaatsregime deutet die NSLQ auf eine Neuinterpretation des neoliberalen *Clusters* hin. Insbesondere die angloamerikanischen Länder fördern stärker als bisher angenommen die durchschnittliche soziale Sicherung ihrer Bürger. Für die skandinavischen Länder bedeutet die Verfolgung universalistischer Ziele, dass auch die Bezieher von Sozialleistungen in das allgemeine Steuersystem integriert wurden. Auf die

Förderung von privaten Sicherungssystemen wurde in weitaus geringerem Maße zurückgegriffen.

Die distributiven Wirkungen des Sozialstaates lassen sich hingegen leichter nachvollziehen. Im Gegensatz zur BSLQ vermag es der Wohlfahrtsstaat aus der Perspektive der NSLQ nicht mehr zu einer Nivellierung der Einkommensverhältnisse zu gelangen. Die Förderung freiwillig-privater Sicherungsmaßnahmen deutet sogar auf eine inverse Umverteilung staatlicher Ressourcen hin. Dies erklärt, warum trotz sichtbarer Konvergenz der Absolutniveaus des Sozialstaates, immer noch große Unterschiede in den Einkommensverteilung der Länder bestehen.

Die effizienztheoretische Analyse zeigt die Schwierigkeiten im Umgang mit der NSLQ im besonderen aber auch mit dem Terminus „Sozialstaat“ im allgemeinen. Die Heterogenität der Gesamtheit des sozialpolitischen Repertoires von Staaten führt dazu, dass Beschäftigungseffekte kaum nachzuweisen sind. Einzige Ausnahme sind hier die freiwillig-privaten Sozialleistungen, welche positiv insbesondere mit Dienstleistungsbeschäftigung assoziiert sind. Für die Beurteilung der allokativen Wirkungen des Sozialstaates ist das Konzept der NSLQ insgesamt nur schwer handzuhaben. Dies mag auch an der technischen Seite der Konstruktion liegen, die auf einige kritische Annahmen zurückgreifen muss.

Das Konzept der NSLQ regt zu einer erneuten Diskussion darüber an, was den Wesenskern eines Sozialstaates ausmacht. Die gegenwärtigen Veränderungen der Sozialsysteme in OECD-Ländern zieht notwendigerweise Veränderungen in der systematischen Erfassung von Sozialleistungen nach sich. Die sich abzeichnenden Muster haben sich seit 1995 eher noch verstärkt. Würde zudem der Bildungssektor miteinbezogen, vergrößerten sich die Differenzen in den sozialpolitischen Strategien schlagartig, da die Unterschiede zwischen Ländern mit öffentlichen und privaten Erziehungssystemen besonders deutlich ausfallen. Um die beschäftigungspolitische Wirkung dieser Unterschiede zu analysieren, bedarf es allerdings einer stärkeren Verzahnung von Mikro- und Makroanalysen, da eine getrennte Betrachtung dieser Ebenen i.d.R. zu sehr inkonsistenten Ergebnissen führt.

Anhang:

Tabelle 1: Determinanten sozialstaatlicher Expansion

Land	BSLQ	NSLQ	Parteien	Offenheit	Alter	Veto	Korp.	BIPPK
AUL	20,3	21,6	32,5	32	29	6	2,66	18.072
BEL	31,9	26,5	81,4	109	27	7	1,25	22.515
CAN	20,8	21,2	67,9	48	35	3	3,56	18.598
DEN	37,6	24,4	57,2	63	38	3	1,00	28.181
FIN	35,7	25,7	63,1	52	75	4	1,31	19.106
GER	30,4	27,7	78,3	51	57	8	1,38	25.133
IRE	21,8	18,7	31,9	.	-5	4	2,94	14.550
ITA	26,5	22,3	85,2	39	64	7	3,12	17.796
NET	30,1	25	76,8	98	33	7	1,19	21.733
NOR	31,5	22,5	83,7	85	41	2	0,44	28.434
SWE	36,4	27	86,2	57	54	2	0,50	22.389
UK	25,9	26	29,2	49	34	2	3,38	17.468
USA	17,1	24,5	42,9	15	26	6	3,31	25.512

Anm.: „Parteien“ ist die Summe aus der Regierungsbeteiligungen (Kabinettsitzanteile) von christlich- und sozialdemokratischen Parteien (Schmidt 2000: 381); „Offenheit“ gibt den Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft als Wachstum des Quotienten von (Importen + Exporten)/BIP wieder (ibid.); „Alter“ gibt die Veränderungsrate von 1960 bis 1994 des Altersquotienten wieder (Bevölkerung über 65/ Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren); der hier verwendete Korporatismus Indikator „Korp.“ (Lijphart 1999) ist ein Maß für den pluralistischen Wettbewerb in einem politischen System; niedrige Werte deutet auf einen hohen Grad an Korporatismus hin; „Veto“ ist die Anzahl der Vetospieler in einem politischen System (Schmidt 2000: 352); BIPPK ist das Pro-Kopf-Sozialprodukt nach Stephens et al. (1993, Internet);

Übersicht 1: Die OECD-Klassifikation von Wirtschaftsaktivitäten

<i>Nummer</i>	<i>OECD-Bezeichnung</i>
1	Agriculture, Hunting, Forestry and Fishing
2	Mining and Quarrying
3	Manufacturing
4	Electricity, Gas and Water
5	Construction
6	Wholesale and Retail Trade, Restaurants and Hotels
7	Transport, Storage and Communication
8	Finance, Insurance, Real Estate and Business Services
9	Community, Social and Personal Services
0	Producers of Government Services

Literatur

- Adema, Willem (1999): Net Social Expenditure, OECD Labour Market and Social Policy – Occasional Papers No. 38, Paris.
- Adema et al. (1996): Net Public Social Expenditure, OECD Labour Market and Social Policy – Occasional Papers No. 19, Paris.
- Adema, Willem/ Einerhand Marcel (1998): The Growing Role of Private Social Benefits, OECD Labour Market and Social Policy – Occasional Papers No. 39, Paris.
- Atkinson, A.B. (1993): Work Incentives, in: Atkinson, A.B./ Mogensen, Gunnar Viby (Hg.): Welfare and Work Incentives. A North European Perspective, S. 20 – 49.
- Behrendt, Christina (2000): Do Means-Tested Benefits Alleviate Poverty? Evidence on Germany, Sweden and the United Kingdom from the Luxembourg Income Study, in: Journal of European Social Policy, 10. Jg., H. 1, S.23 – 42.
- Benchmarking Gruppe (1999): Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitnehmer, www.buendnis.de (5.5.2000).
- BMF (1996): Expertenkommission Alternative Steuer-Transfer-Systeme. Probleme einer Integration von Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierter Sozialleistungen, Bonn (Stollfuss Verlag).
- Clark, L. Gordon/ Bennett, Paul (2000): The Dutch Model of Sectors-wide Supplementary Pensions: Fund Governance, Finance and European Competition Policy, draft 3rd March, <http://insider.econ.bbk.ac.uk/psi/papers/default.htm> (7.6.2000).
- Cusack, Tom (1991, Internet), www.wz-berlin.de/wb, homepage von Tom Cusack (25.05.2000).
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge (Polity Press).
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): The Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford et al. (Oxford University Press).
- Garrett, Geoffrey (1998): Partisan Politics in the Global Economy, Cambridge (Cambridge University Press).
- Howard, Christopher (1997): The Hidden Welfare State. Tax Expenditures and Social Policy in the United States, New Jersey (Princeton University Press).
- Huber, Evelynne/ Ragin, Charles/ Stephens, John D. (1993): Social Democracy, Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State, in: American Journal of Sociology, 99. Jg., H.3, S.711-749.
- International Labour Office (ILO 2000): Cost of Social Security 1994-96. Nineteenth International Inquiry. Annex IV: Differences in the Statistical Frames of the Inquiries of the ILO and EUROSTAT and the OECD, <http://www.ilo.org/public/english/protection/socsec/publ/css/annex3.htm>, (20.08.2000).
- Iversen, Torben/ Cusack, Thomas R. (1998): The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?, WZB discussion papers FS I 98-304.
- Kersbergen, Kees van (1995): Social Capitalism. A study of Christian democracy and the welfare state, London/ New York (Routledge).
- Korpi, Walter/ Palme, Joakim (1998): The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries, in: American Sociological Review, 63. Jg., S. 661-687.
- Lijphardt, Arend (1999): Patterns of Democracy. Government Performance in thirty-six countries, New Haven (Yale University Press).

- OECD (1993): Employment Outlook 1993, Chapter 5: Earnings Inequality: Changes in the 1980s, Paris, S.157-184.
- OECD (1996): Employment Outlook 1996, Chapter 3: Earnings Inequality, low-paid Employment and earnings mobility, Paris, S. 59-110.
- OECD (1997): Making Work Pay. Taxation, Benefits, Employment and Unemployment, Paris.
- OECD (1998): Revenue Statistics 1965-1997, Paris.
- OECD (1999a): Benefit Systems and Work Incentives, Paris.
- OECD (1999b): Employment Protection and Labour Market Performance, in: OECD Employment Outlook 1999, Kapitel 2, S. 49 – 132.
- Pampel, Fred C./ Williamson, John B. (1989): Age, Class, Politics, and the Welfare State, New York et al., Cambridge University Press.
- Pearson, Mark/ Scarpetta, Stefano (2000): An Overview: What do We Know About Politics to Make Work Pay?, in: OECD Economic Studies, Nr. 31/2, S. 11 – 24.
- Rein, Martin (1996): Is America Exceptional? The Role of Occupational Welfare in the United States and the European Community, in: Shalev, Michael (ed.): The Privatization of Social Policy? Occupational Welfare and the Welfare State in America, Scandinavia and Japan, New York (St. Martin's Press, Inc.)
- Rodrik, Dennis (1998): Why Do More Open Economies Have Bigger Governments?, in: Journal of Political Economy, Jg. 106, H. 5, S. 997 – 1032.
- Scharpf, Fritz W. (1997): Employment and the Welfare State: A Continental Dilemma, Working Paper 97-7, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Scharpf, Fritz W. (1999): The viability of advanced welfare states in the international economy: vulnerabilities and options, in: Journal of European Public Policy, Jg. 7, H. 2, S. 190 – 228.
- Schmidt, Manfred G. (1998): Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen 2. Aufl. (Leske + Budrich).
- Schmidt, Manfred G. (2000a): Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen 3. Aufl. (Leske + Budrich).
- Schmidt, Manfred G. (2000b): Why Financing Social Protection Differs? Cross-national Comparisons of EU-Member States and Industrialised Countries outside the European Union.
- Stephen, John D. et al. (1993, Internet): Comparative Welfare State Data Set, <http://lissy.ceps.lu/welf.zip> (9.12.1999).
- Wilensky, Harold L. (1975): The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures, Berkeley/ Los Angeles/ London (University of California Press).
- Wilthagen, Tom (1998): Flexicurity: A New Paradigm for Labour Market Policy Reform, WZB Disc. Papers, FS I 98-202.

BÜCHER
DES FORSCHUNGSSCHWERPUNKTS
ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG

(nur im Buchhandel erhältlich)

Friedrich Buttler, Wolfgang Franz, Ronald Schettkat,
and David Soskice
**Institutional Frameworks and Labor Market
Performance. Comparative Views on the U.S. and
German Economies**
1995, London/New York, Routledge,
352 Seiten

Christoph Dörrenbächer
**Vom Hoflieferanten zum Global Player.
Unternehmensorganisation und nationale Politik
in der Welttelekommunikationsindustrie**
1999, Berlin, edition sigma, 226 Seiten

European Academy of the Urban Environment
**New institutional arrangements in the labour
market. Transitional labour markets as a new full
employment concept**
1998, Berlin, EA.UE series „The Urban Environment
in Europe“, 135 Seiten

Gernot Grabher / David Stark (Eds.)
**Restructuring Networks in Post-Socialism.
Legacies, Linkages and Localities**
1997, Oxford, Oxford University Press, 360 Seiten

Torben Iversen / Jonas Pontusson /
David Soskice
Unions, Employers, and Central Banks
2000, Cambridge, Cambridge University Press, 339
Seiten

Max Kaase / Günther Schmid
**Eine lernende Demokratie - 50 Jahre
Bundesrepublik Deutschland**
WZB-Jahrbuch 1999
Berlin, edition sigma, 586 Seiten

Traute Meyer
**Ungleich besser? Die ökonomische Unab-
hängigkeit von Frauen im Zeichen der Expansion
sozialer Dienstleistungen**
1997, Berlin, edition sigma, 216 Seiten

Frieder Naschold / David Soskice / Bob Hancké /
Ulrich Jürgens (Hg.)
**Ökonomische Leistungsfähigkeit und Institutio-
nelle Innovation**
WZB-Jahrbuch 1997
1997, Berlin, edition sigma, 366 Seiten

Birgitta Rabe
**Implementation von Arbeitsmarktpolitik durch
Verhandlungen. Eine spieltheoretische Analyse**
2000, Berlin, edition sigma, 254 Seiten

Jacqueline O'Reilly / Colette Fagan (Eds.)
**Part-Time Prospects. An International Com-
parison**
1998, London/New York, Routledge, 304 Seiten

Hedwig Rudolph (Hg.)
unter Mitarbeit von Dagmar Simon
**Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen.
Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß
der Transformation**
WZB-Jahrbuch 1995
1995, Berlin, edition sigma, 348 Seiten

Hedwig Rudolph / Anne Schüttpelz
**Commitment statt Kommando. Organisations-
lernen in Versicherungsunternehmen**
1999, Berlin, edition sigma, 146 Seiten

Ronald Schettkat (Ed.)
The Flow Analysis of Labour Markets
1996, London/New York, Routledge, 294 Seiten

Günther Schmid
**Är full sysselsättning fortfarande möjlig?
Övergångsarbetsmarknader som en ny strategi
för arbetsmarknadspolitiken.**
(Übersetzung: Birger Viklund)
1995, Södertäje, PM Bäckström Förlag, 53 Seiten

Günther Schmid / Jacqueline O'Reilly /
Klaus Schömann (Eds.)
**International Handbook of Labour Market Policy
and Evaluation**
1996, Cheltenham, UK, Edward Elgar, 954 Seiten

Klaus Schömann / Ralf Rogowski /
Tomas Kruppe
**Labour Market Efficiency in the European Union.
Employment Protection and Fixed-Term
Contracts**
1998, London/New York, Routledge, 214 Seiten

Hildegard Theobald
**Geschlecht, Qualifikation und Wohlfahrtsstaat.
Deutschland und Schweden im Vergleich**
1999, Berlin, edition sigma, 200 Seiten

Sylvia Zühlke
**Beschäftigungschancen durch berufliche
Mobilität? Arbeitslosigkeit, Weiterbildung und
Berufswechsel in Ostdeutschland**
2000, Berlin, edition sigma, 206 Seiten

DISCUSSION PAPERS 1997

Einige der nachfolgenden discussion papers sind im Internet zu finden: <http://www.wz-berlin.de>

Some of the following discussion papers are available on our internet home page: <http://www.wz-berlin.de>

Abteilung:

Organisation und Beschäftigung

Felicitas Hillmann / Hedwig Rudolph

Redistributing the Cake? Ethnicisation Processes in the Berlin Food Sector

Bestell Nr.: FS I 97 - 101

Dorothee Bohle

Zwischen lokaler Anarchie und globalen Netzen: Transformationsprozesse im polnischen Straßen-güterverkehr

Bestell Nr.: FS I 97 - 102

Felicitas Hillmann

This is a migrant's world: Städtische ethnische Arbeitsmärkte am Beispiel New York City

Bestell Nr.: FS I 97 - 103

Sigrid Quack

Karrieren im Glaspalast. Weibliche Führungskräfte in europäischen Banken

Bestell Nr.: FS I 97 - 104

Enzo Mingione

The Current Crisis of Intensive Work Regimes and the Question of Social Exclusion in Industrialized Countries

Bestell Nr.: FS I 97 - 105

Abteilung:

Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Dirk Finger

Dienstleistungsschecks in Europa - ein Modell für Deutschland? Beschäftigungseffekte und Kosten für die Volkswirtschaft: fünf Szenarien

Bestell Nr.: FS I 97 - 201

Dirk Finger

Service cheques in Europe - a model for Germany? Employment effects and macro-economic costs: five scenarios

Bestell Nr.: FS I 97 - 201a

Günther Schmid

in collaboration with Maja Helmer

The Dutch Employment Miracle? A comparison of employment systems in the Netherlands and Germany

Bestell Nr.: FS I 97 - 202

Günther Schmid, Peter Auer, Hugh Mosley, Klaus Schömann (Eds.)

Progress in Evaluation Research: Documentation of Two Transfer-Workshops on the „International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation“

Bestell Nr.: FS I 97 - 203

Günther Schmid, Klaus Schömann und

Holger Schütz

Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik. Ein analytischer Bezugsrahmen am Beispiel des Arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms in Berlin

Bestell Nr.: FS I 97 - 204

Silke Bothfeld

Teilzeitarbeit für alle? Eine Untersuchung von Teilzeitpräferenzen in Deutschland und Großbritannien unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten

Bestell Nr.: FS I 97 - 205

Ralf Rogowski und Günther Schmid

Reflexive Deregulierung. Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarkts

Bestell Nr.: FS I 97 - 206

Ralf Rogowski and Günther Schmid

Reflexive Deregulation. International experiences and proposals for labour market reform

Bestell Nr.: FS I 97 - 206a

Jacqueline O'Reilly, Claudia Spee

Regulating work and welfare of the future: Towards a new social contract or a new gender contract?

Bestell Nr.: FS I 97 - 207

Hugh Mosley and Stefan Speckesser

Market Share and Market Segment of Public Employment Services

Bestell Nr.: FS I 97 - 208

Abteilung:

Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Mark Lehrer, Owen Darbishire

The Performance of Economic Institutions in a Dynamic Environment: Air Transport and Telecommunications in Germany and Britain

Bestell Nr.: FS I 97 - 301

Stewart Wood

Weakening Codetermination?

Works Council Reform in West Germany in the 1980s

Bestell Nr.: FS I 97 - 302

Thomas R. Cusack

On the Road to Weimar? The Political Economy of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany

Bestell Nr.: FS I 97 - 303

Bob Hancké

Modernisation Without Flexible Specialisation. How large firm restructuring and government regional policies became the step-parents of autarchic regional production systems in France

Bestell Nr.: FS I 97 - 304

Mark Tilton

Regulatory Reform and Market Opening in Japan

Bestell Nr.: FS I 97 - 305

Thomas R. Cusack
Partisan Politics and Fiscal Policy
Bestell Nr.: FS I 97 - 306

Peter A. Hall /
Robert J. Franzese, Jr.
**Mixed Signals:
Central Bank Independence,
Coordinated Wage Bargaining,
and European Monetary Union**
Bestell Nr.: FS I 97 - 307

David Soskice and Torben Iversen
**Central Bank - Trade Union Interactions and the
Equilibrium Rate of Employment**
Bestell Nr.: FS I 97 - 308

DISCUSSION PAPERS 1998

*Einige der nachfolgenden discussion papers sind im
Internet zu finden; <http://www.wz-berlin.de>*

*Some of the following discussion papers are available
on our internet home page: <http://www.wz-berlin.de>*

*Abteilung:
Organisation und Beschäftigung*

Hildegard Theobald
**Frauen in leitenden Positionen in der Privat-
wirtschaft. Eine Untersuchung des schwedischen
und deutschen Geschlechtervertrages**
Bestell Nr.: FS I 98 - 101

Isabel Georges
**Heterogeneity versus homogeneity?
Transformation of wage relations of the French
and the German public telephone operators: the
case of directory inquiry services**
Bestell Nr.: FS I 98 - 102

Dieter Plehwe (Hg.)
Transformation der Logistik
Bestell Nr.: FS I 98 - 103

Sigrd Quack
**Reorganisation im Bankensektor.
Neue Chancen für Frauen im Management?**
Bestell Nr.: FS I 98 - 104

Janne Tienari, Sigrd Quack
and Hildegard Theobald
**Organizational Reforms and Gender: Feminization
of Middle Management in Finnish and German
Banking**
Bestell Nr.: FS I 98 - 105

Hedwig Rudolf, Felicitas Hillmann
**Via Baltica. Die Rolle westlicher Fach- und
Führungskräfte im Transformationsprozeß
Lettlands**
Bestell Nr.: FS I 98 - 106

Felicitas Hillmann
**Türkische Unternehmerinnen und Beschäftigte im
Berliner ethnischen Gewerbe.**
Bestell Nr.: FS I 98 - 107

Nancy Fraser
**Social Justice in the Age of Identity Politics:
Redistribution, Recognition, Participation**
Bestell Nr.: FS I 98 - 108

*Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung*

Dietmar Dathe
**Wechselwirkungen zwischen Arbeitszeitpolitik und
Arbeitsangebotsverhalten. Eine Untersuchung zur
Bedeutung von Arbeitspräferenzen für eine Politik
der Arbeitsumverteilung**
Bestell Nr.: FS I 98 - 201

Ton Wilthagen
**Flexicurity: A New Paradigm for Labour Market
Policy Reform**
Bestell Nr.: FS I 98 - 202

Klaus Schömann, Thomas Kruppe und
Heidi Oschmiansky
**Beschäftigungsdynamik und Arbeitslosigkeit in
der Europäischen Union**
Bestell Nr.: FS I 98 - 203

Jacqueline O'Reilly, Ralf Rogowski (Hg./Eds.)
**Dokumentation des Round-Table Gesprächs
„Die neue Labour-Regierung in Großbritannien:
Zwischenbilanz der ersten hundert Tage“
„The New Labour Government in Great Britain:
Assessment of the first 100 days“**
Bestell Nr.: FS I 98 - 204

Holger Schütz, Stefan Speckesser, Günther Schmid
**Benchmarking Labour Market Performance and
Labour Market Policies: Theoretical Foundations
and Applications**
Bestell Nr.: FS I 98 - 205

Günther Schmid
**Transitional Labour Markets:
A New European Employment Strategy**
Bestell Nr.: FS I 98 - 206

Klaus Schömann, Ralf Mytzek, Silke Gülker
**Institutional and Financial Framework for Job
Rotation in Nine European Countries**
Bestell Nr.: FS I 98 - 207

Dietmar Dathe
**Der Familienzyklus als Bestimmungsfaktor für das
Familieneinkommen und das Arbeitsangebot. Eine
Untersuchung für West- und Ostdeutschland auf
der Grundlage des Mikrozensus 1995**
Bestell Nr.: FS I 98 - 208

Abteilung:
Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Karin Wagner
The German Apprenticeship System after Unification
Bestell Nr.: FS I 98 - 301

Donatella Gatti
The Equilibrium Rate of Unemployment in Varying Micro-Institutional Settings
Bestell Nr.: FS I 98 - 302

Steven Casper
The Legal Framework for Corporate Governance: Explaining the Development of Contract Law in Germany and the United States
Bestell Nr.: FS I 98 - 303

Torben Iversen and Thomas R. Cusack
The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?
Bestell Nr.: FS I 98 - 304

Bob Hancké
Industrial Restructuring and Industrial Relations in the European Car Industry. Instruments and Strategies for Employment
Bestell Nr.: FS I 98 - 305

Donatella Gatti
Unemployment and Innovation Patterns. The role of business coordination and market competition
Bestell Nr.: FS I 98 - 306

DISCUSSION PAPERS 1999

Die nachfolgenden discussion papers sind im Internet zu finden: <http://www.wz-berlin.de>

The following discussion papers are available on our internet home page: <http://www.wz-berlin.de>

Abteilung:
Organisation und Beschäftigung

Sven Hildebrandt
Lean Banking als Reorganisationsmuster für deutsche und französische Kreditinstitute? Anmerkungen zur Tragfähigkeit eines leitbildprägenden Managementkonzepts
Bestell Nr.: FS I 99 - 101

Dieter Plehwe
Why and How Do National Monopolies Go "Global"?
Bestell Nr.: FS I 99 - 102

Dorothee Bohle
Der Pfad in die Abhängigkeit? Eine kritische Bewertung institutionalistischer Beiträge in der Transformationsdebatte
Bestell Nr.: FS I 99 - 103

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Günther Schmid / Klaus Schömann (Hg./Eds.)
Von Dänemark lernen Learning from Denmark
Bestell Nr.: FS I 99 - 201

Hugh Mosley and Antje Mayer
Benchmarking National Labour Market Performance: A Radar Chart Approach
Bestell Nr.: FS I 99 - 202

Eunice Rodriguez
Marginal Employment and Health in Germany and the United Kingdom: Does Unstable Employment Predict Health?
Bestell Nr.: FS I 99 - 203

Erschienen in der Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie:

Carroll Haak, Günther Schmid
Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten - Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?
Bestell Nr. P99-506

Abteilung:
Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Bob Hancké
Revisiting the French Model. Coordination and restructuring in French industry in the 1980s
Bestell Nr.: FS I 99 - 301

David Soskice
The Political Economy of EMU. Rethinking the effects of monetary integration on Europe
Bestell Nr.: FS I 99 - 302

Gabriele Kasten / David Soskice
Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
Bestell Nr.: FS I 99 - 303

Julie Pellegrin
German Production Networks in Central/Eastern Europe. Between Dependency and Globalisation
Bestell Nr.: FS I 99 - 304

Donatella Gatti / Christa van Wijnbergen
The Case for a Symmetric Reaction Function of the European Central Bank
Bestell Nr.: FS I 99 - 305

Steven Casper
National Institutional Frameworks and High-Technology Innovation in Germany. The Case of Biotechnology
Bestell Nr.: FS I 99 - 306

Steven Casper
High Technology Governance and Institutional Adaptiveness. Do technology policies usefully promote commercial innovation within the German biotechnology industry?
Bestell Nr.: FS I 99 - 307

André Mach
"Small European states in world markets" revisited: The questioning of compensation policies in the light of the Swiss case
Bestell Nr.: FS I 98 - 308

Bruno Amable
Institutional Complementarity and Diversity of Social Systems of Innovation and Production
Bestell Nr.: FS I 99 - 309

DISCUSSION PAPERS 2000

Die nachfolgenden discussion papers sind im Internet zu finden: <http://www.wz-berlin.de>

The following discussion papers are available on our internet home page: <http://www.wz-berlin.de>

Abteilung:
Organisation und Beschäftigung

Christoph Dörrenbächer
Measuring Corporate Internationalisation. A review of measurement concepts and their use
Bestell Nr.: FS I 00 - 101

Michael Wortmann
What is new about "global" corporations? Interpreting statistical data on corporate internationalization
Bestell Nr.: FS I 00 - 102

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Klaus Schömann / Stefanie Flechtner /
Ralf Mytze / Isabelle Schömann
Moving towards Employment Insurance - Unemployment Insurance and Employment Protection in the OECD
Bestell Nr.: FS I 00 - 201

Dietmar Dathe / Günther Schmid
Determinants of Business and Personal Services: Evidence from West-German Regions
Bestell Nr.: FS I 00 - 202

Günther Schmid
Beyond Conventional Service Economics: Utility Services, Service-Product Chains, and Job Services
Bestell Nr.: FS I 00 - 203

Heidi Oschmiansky / Günther Schmid
Wandel der Erwerbsformen. Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich
Bestell Nr.: FS I 00 - 204

Dominique Anxo / Jacqueline O'Reilly
Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmärkte in vergleichender Perspektive
Bestell Nr.: FS I 00 - 205

Thomas Kruppe
The Dynamics of Dependent Employment and Unemployment – A Comparison of Different Data Sources
Bestell Nr.: FS I 00 - 206

Heidi Gottfried / Jacqueline O'Reilly
Der Geschlechtervertrag in Deutschland und Japan: Die Schwäche eines starken Versorgermodells
Bestell Nr.: FS I 00 - 207

Birgitta Rabe
Wirkungen aktiver Arbeitsmarktpolitik. Evaluierungsergebnisse für Deutschland, Schweden, Dänemark und die Niederlande
Bestell Nr.: FS I 00-208

Michael Neugart
The Supply of New Engineers in Germany
Bestell Nr.: FS I 00-209

Rolf Becker
Studierbereitschaft und Wahl von ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern. Eine empirische Untersuchung sächsischer Abiturienten der Abschlussjahrgänge 1996, 1998 und 2000
Bestell Nr.: FS I 00-210

Donald Storrie and Hans Bjurek
Benchmarking European Labour Market Performance with Efficiency Frontier Techniques
Bestell Nr.: FS I 00-211

Abteilung:
Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Delphine Corteel / Judith Hayem
"Loyalty" and "middle class" at stake in the General Motors strikes, Flint (Michigan), Summer 1998
Bestell Nr.: FS I 00 - 301

Donatella Gatti
Competence, Knowledge, and the Labour Market. The role of complementarities
Bestell Nr.: FS I 00 - 302

Gregory Jackson / Sigurt Vitols
Pension Regimes and Financial Systems: Between Financial Commitment, Liquidity, and Corporate Governance
Bestell Nr.: FS I 00 - 303

Bruno Amable / Donatella Gatti
Is Perfection Optimal?
Employment and Product Market Competition
Bestell Nr.: FS I 00 – 304

DISCUSSION PAPERS 2001

Die nachfolgenden discussion papers sind im Internet zu finden: <http://www.wz-berlin.de>

The following discussion papers are available on our internet home page: <http://www.wz-berlin.de>

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Achim Kemmerling
Die Messung des Sozialstaates.
Beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen
Brutto- und Nettosozialleistungsquote
Bestell Nr.: FS I 01 - 201

Abteilung:
Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Delphine Corteel
First line supervision without any supervisor:
What Do Workers Think About Groupwork?
Anthropological Fieldwork at Volkswagen Hanover
Bestell Nr.: FS I 01 - 301

Absender/From:

Versandstelle - WZB

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

BESTELLSCHEIN

ORDER FORM

Bitte schicken Sie mir aus Ihrer
Publikationsliste folgende Diskussions-
Papiere zu.

Bitte schicken Sie bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers
unbedingt eine **1 DM-Briefmarke pro paper** und einen
an Sie adressierten **Aufkleber** mit. Danke.

For each paper you order please send a "**Coupon-
Réponse International**" (international money order)
plus a **self-addressed adhesive label**. Thank You.

Please send me the following discussion papers from your Publication List:

Paper No.	Author
-----------	--------
